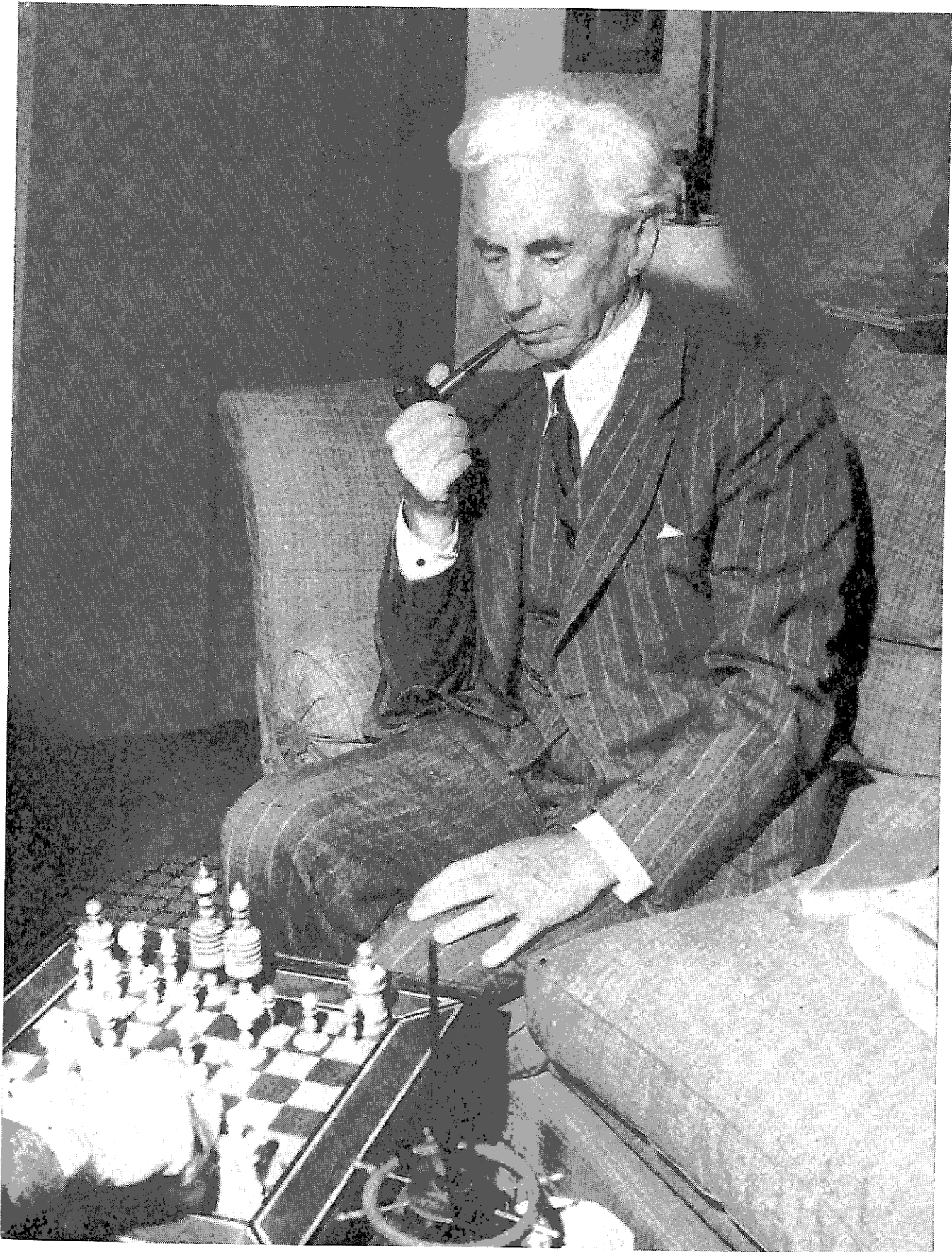


KONGRESSDIENST

Hamburg
3. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Jan. / Febr. 1960
N U M M E R 1





Lord Russell spricht auf der Tagung der Europäischen Föderation
— links von ihm Domherr Collins —

eine öffentliche Kundgebung in einem der größten Säle Londons veranstalten wollen, die zwar nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie der Frage dieser Versuchsexplosionen gewidmet sein wird. Es war bereits vorgesehen, daß in diesem Rahmen ein Franzose und ein Afrikaner sprechen sollten; unserem Vorschlag, Vertreter aller westeuropäischen Bewegungen gegen Atomrüstung sowie Vertreter der afrikanischen Völker offiziell einzuladen, stimmte ihr Vorsitzender, der Geistliche John Collins, Domherr an der Londoner St.-Pauls-Kathedrale, sofort zu. Dadurch hatte sich eine besondere Sahara-Konferenz also erübrigt. Wir konnten ihm leider noch nicht versprechen, daß wir zu dieser Veranstaltung Vertreter entsenden würden — unsere Antwort auf seine Aufforderung wird davon abhängen, ob die Freunde des „Ständigen Kongresses“ und die Leser des „Kongreßdienstes“ uns durch Beiträge zu den nicht unbeträchtlichen Reisekosten dazu in die Lage versetzen werden. Weiterhin schlug uns Domherr Collins vor, der „Europäischen Föderation gegen Atomrüstung“ beizutreten. Er halte es nicht für günstig, wenn in dieser Föderation Deutschland nur teilweise vertreten und eine der drei verschiedenen Bewegungen gegen Atomrüstung ihr nicht angeschlossen sei. Wir versprachen, diesen Vorschlag dem Büro des „Ständigen Kongresses“ zu unterbreiten und uns für seine Annahme einzusetzen. Am nächsten Morgen machten wir uns auf die lange Reise nach Penrhyndeudraeth an der walisischen Küste, um Lord Bertrand Russell auf seinem Landsitz zu besuchen. Lord Russell begrüßte ebenfalls den Gedanken, zu der für den 15. Februar geplanten Kundgebung ausländische Vertreter einzuladen und sie dadurch zu einem internationalen Protest gegen die Sahara-Tests werden zu lassen, sowie Domherr Collins' Einladung an uns, der „Europäischen Föderation“ beizutreten. Als das Gespräch auf die Frage kam, ob man — wie es einige Gruppen und Organisationen in Westdeutschland tun — den Kampf gegen die Atomrüstung mit dem militanten Kampf ge-

gen den Kommunismus verbinden müsse und dürfe, sagte der weißhaarige Gelehrte, dessen aristokratische Gestalt dem Besucher echten Respekt einflößt: „Sehen Sie, wir hier legen großen Wert darauf, daß wir Nicht-Kommunisten sind; genausowenig wollen wir aber Anti-Kommunisten sein. Es gibt nur zwei Möglichkeiten — entweder mit den Kommunisten leben oder gegen die Kommunisten sterben!“ Unsere Zeit in London war begrenzt, aber dennoch konnten wir noch mit einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten und Organisationen Kontakt aufnehmen, die sich an den verschiedensten Stellen für eine Beendigung des atomaren Wettrüstens einsetzen. Überall wurden wir mit großer Freundlichkeit und Zuvorkommenheit behandelt — auch dort, wo man noch nie etwas von uns gehört hatte und die Verbindung lediglich durch eine Empfehlung des Unterhausabgeordneten Ziliacus, der uns zu dieser Reise eingeladen hatte, hergestellt worden war. Zu diesen Organisationen gehören der Nationale Friedensrat, dem der größte Teil der pazifistischen Organisationen angeschlossen ist, die „Peace Pledge Union“, die der englische Zweig der „Internationale der Kriegsdienstgegner“ ist und eine hervorragende Wochenzeitung, „Peace News“, herausbringt, das „Direct Action Committee against Nuclear Warfare“ sowie die Jugend- und Studentebewegung gegen Atomrüstung. Auch mit Prof. Dr. Bernal, dem weit über England hinaus geachteten Naturwissenschaftler, der der Vorsitzende des britischen Friedenskomitees ist, konnten wir verhandeln. Als wir nach Hause fuhren, bewegte uns am stärksten der Gedanke, wie nötig solche internationalen Kontakte sind und wie wichtig es wäre, sie auch noch in manche andere Richtung hin aufzunehmen. Das läßt sich aber auf brieflichem Wege kaum erreichen; persönliche Besuche sind fast immer die einzige Möglichkeit. Das bedarf aber der finanziellen Mithilfe aller, die am Kampf gegen die Atomrüstung ehrlich interessiert sind — wir sind darauf angewiesen, daß Sie uns hierbei helfen!

Keine Raketen für Gelsenkirchen

Pressemeldungen war zu entnehmen, daß auf dem sogenannten Berger Feld in Gelsenkirchen-Buer Raketenbasen errichtet werden sollten. Die Internationale der Kriegsdienstgegner, Ortsgruppe Gelsenkirchen, hatte sich daraufhin an den Oberbürgermeister, Robert Geritzmann, in einem offenen Brief gewandt und ihn um eine Stellungnahme zu diesen die Bevölkerung beunruhigenden Plänen gebeten. Die offizielle Antwort auf diesen Protest kam mit folgendem Brief:

Gelsenkirchen, den 5. Jan. 1960

Stadt Gelsenkirchen
Der Oberbürgermeister

Internationale
der Kriegsdienstgegner
Ortsgruppe Gelsenkirchen

Sehr geehrter Herr Vossel!

Wunschgemäß bestätige ich hiermit den Erhalt Ihres Schreibens vom 8. Dezember v. J.

Die vor einigen Wochen von der Ortspresse gebrachte Meldung über die Errichtung von Raketenbasen auf dem Berger Feld hat sich tatsächlich als unrichtig erwiesen. Der Rat der Stadt Gelsenkirchen würde die Durchführung eines solchen Vorhabens mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen.

Hochachtungsvoll
gez. Geritzmann

Atomare Fernlenkwaffe für die Bundeswehr

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und bei Stimmenthaltung der Freien Demokraten beschloß der Verteidigungsausschuß des Bundestages am 9. Dez. 1959 den Ankauf einer größeren Anzahl unbemannter gelenkter Flugkörper vom Typ „Mace C“. Der Flugkörper hat eine Reichweite von rund 1000 Kilometern und kann nur mit atomarer Munition verschossen werden. Die Kosten für dieses Programm betragen 480 Millionen DM. Nach einer nur zwei Minuten dauernden Diskussion beschlossen die Abgeordneten außerdem die Beschaffung von 364 Abfangjägern vom Typ „Starfighter“ für die Bundeswehr. Aus der kurzen Debatte wurde nicht klar, ob diese Flugzeuge über das deutsche Nachbauprogramm beschafft oder direkt in den Vereinigten Staaten gekauft werden sollen. Die Kosten für die Maschinen wurden auf 2,5 Milliarden DM beziffert.

Wegen der blitzartigen Geschwindigkeit, mit der die Vorlage über die Starfighter verabschiedet wurde, lehnten einige Abgeordnete ab, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Die „Welt“

... Ameisen

Der südafrikanische Biologe S. H. Skaife hat es am besten formuliert: „Wer zuletzt lacht in einem nuklearen Krieg, sind die Ameisen. Sie verbringen 12mal mehr Röntgeneinheiten als die Menschen.“

Besuche in München

Das Präsidium des Ständigen Kongresses hatte beschlossen, persönliche Verbindungen zu den zahlreichen Gruppen, Bewegungen und Organisationen, die sich am Kampf gegen die atomare Aufrüstung beteiligen, aufzunehmen. Selbstverständlich ist es sehr schwierig, bei der allgemeinen Arbeitsüberlastung der Präsidiumsmitglieder Teilnehmer für Reisen zu gewinnen. Hinzu kommt, daß solche Fahrten von den Teilnehmern selbst bezahlt werden müssen bzw. die Kosten erst durch eine Sammlung unter den Freunden des „Ständigen Kongresses“ aufgebracht werden müssen. Die Opferbereitschaft vieler unserer Freunde kann nicht oft genug mit besonderem Dank hervorgehoben werden.

In München wollten wir das „Münchener Komitee gegen Atomrüstung“, wichtige Persönlichkeiten in der Bewegung gegen den Atomtod und studentische Gruppen in dieser Tätigkeit besuchen.

Vom Münchener Komitee wurden wir freundlich durch Herrn Schedlich empfangen. Die Diskussion entspann sich gleich an den bekannten Vorwürfen gegen den „Ständigen Kongreß“. Um diesen Verleumdungen ein für allemal entgegenzutreten, baten wir darum, daß der Vorstand des Münchener Komitees einen Vertreter zu uns nach Hamburg entsendet, um sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, daß alle Verdächtigungen lediglich durch die Befürworter der Atomrüstung ausgestreut wurden, um wichtige und aktive Persönlichkeiten und Organisationen vom Kampf gegen die atomare Aufrüstung fernzuhalten.

Leider war es nicht möglich, grundsätzliche Fragen der Bewegung gegen den Atomtod zu diskutieren, wie es unsere Absicht war. Dennoch war die Besprechung nicht nutzlos. Es wurde uns zugesagt, daß unser Besuch im Vorstand diskutiert wird. Wir erhalten dann Bescheid, ob eine weitere Besprechung stattfinden kann.

Ein konkreteres Ergebnis hatte die Diskussion mit einer Studentengruppe. Eine Zusammenarbeit soll von Fall zu Fall je nach Erfordernis ermöglicht werden.

Dr. Erich Kästner teilte unsere Ansicht, daß alle Gruppen gegen die atomare Aufrüstung miteinander im Gespräch bleiben sollten. Ob sie etwas gemeinsam unternehmen, muß jeweils am vorliegenden Fall erörtert werden. Getreu den Aufgaben des „Ständigen Kongresses“ wird das Büro und das Präsidium auch weiterhin versuchen, durch persönliche Rücksprachen das gegenseitige Verständnis zu fördern, um letzten Endes zum gemeinsamen Handeln zu kommen. Die fehlende Gemeinsamkeit aller aufrechten Demokraten in der Vergangenheit hat stets dazu geführt, daß die restaurativen Kräfte durch ihr einheitliches Auftreten die Mehrheit des Volkes für sich gewinnen konnten. Das Ergebnis kennen wir. Die letzte Katastrophe war eine deutliche Warnung. K. O.



Frühjahr 1958: Demonstration des Münchener „Komitees gegen Atomrüstung“

Volksbefragung auf dem Lande

Der „Zentralausschuß der Landbevölkerung gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik“ führte in dem Dorfe Grünmorsbach bei Aschaffenburg eine Volksbefragung durch, deren Ergebnis noch weit mehr als das aller bisherigen Befragungen zeigt, auf welch' schwacher Unterlage die Politik des kalten Krieges der Adenauer, Strauß und Brentano ruht.

Das Ergebnis ist auch deshalb so bedeutsam, weil es das erste aus einer ländlichen Gemeinde ist. Der Zentralausschuß, dessen Arbeitsfeld das Land ist, weiß längst, wie schwach die Zustimmung ist, die diese Politik auf dem Lande bei der dörflichen Bevölkerung hat; aber diese Menschen sind keine Politiker, die ihre Meinung laut verkündigen. Dieses Schweigen aber deuten die „kalten Krieger“ sehr gern als Ausdruck der Zustimmung zu ihrem politischen Tun. Um diesem Mißbrauch ein Ende zu setzen, rief der Zentralausschuß die Bevölkerung des Dorfes Grünmorsbach auf, durch Beantwortung der vier Fragen des Stimmzettels in Freiheit zu bekunden, wo sie steht.

Das Ergebnis, das keines weiteren Kommentars bedarf, sieht folgendermaßen aus:

Wahlberechtigte des ganzen Dorfes	482
Abgegebene Stimmzettel	457
davon blank	57
also gültige Stimmen	400

Es haben beantwortet die Fragen:	mit ja	mit nein	nicht
1. Sind Sie gegen die Aufrüstung des Bundesheeres mit atomaren Waffen?	387 96 ³ / ₄ 0/0	11 3 ³ / ₄ 0/0	2 1/2 0/0
2. Sind Sie gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland?	395 98 ³ / ₄ 0/0	3 3/4 0/0	2 1/2 0/0
3. Sind Sie für die Schaffung einer Entspannungszone, die vorerst beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt?	376 94 0/0	6 1 ¹ / ₂ 0/0	18 4 ¹ / ₂ 0/0
4. Sind Sie für einen Friedenvertrag, in dem Atomwaffen in Deutschland verboten sind?	398 99 ¹ / ₂ 0/0	— 0 0/0	2 1/2 0/0

Es sei nur noch erwähnt, daß eine besondere Werbeversammlung oder eine Werbung anderer Art für die Abstimmung nicht stattfand. Vier Monate vor der Abstimmung sprach der 1. Vorsitzende des Zentralausschusses an einem Sonntagnachmittag in Grünmorsbach vor einer Versammlung mit etwa 70 - 80 Teilnehmern.

Das Dorf ist rein katholisch. So also denkt die Landbevölkerung.

Schulrat a. D. Ernst Heywang

Wir warten auf Antwort Herr Bürgermeister!

Auf der Präsidiumstagung in Münster (Westf.) war das Büro beauftragt worden, in Zusammenarbeit mit sachverständigen Juristen zu prüfen, ob gegen den amerikanischen Propagandarechner William S. Schlamm rechtliche Schritte mit dem Ziel unternommen werden könnten, ihm seine völkerrechts- und verfassungswidrige Tätigkeit zu verbieten. Nach einer Besprechung mit Rechtsanwalt Dr. Posser, Essen, haben wir folgende Briefe geschrieben:

STÄNDIGER KONGRESS
Karlludwig Opitz

Hamburg, den 23. Dezember 1959

An den
Herrn Senatspräsidenten
Bürgermeister Max Brauer
Hamburg 1
Rathaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brauer!

Wir wenden uns heute mit einer besonderen Bitte an Sie. Wie Sie wissen, reist seit einiger Zeit Herr William Schlamm durch die Lande, um zu einem Kriege gegen unsere östlichen Nachbarn aufzurufen. In seinem Buche, die „Grenzen des Wunders“, sagt er wörtlich:

„aber der Westen, wenn er am Leben bleiben will, muß glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu führen. Denn auf den Krieg bloß vorbereitet zu sein, ist nicht genug“. (Seite 185.)

Wir hatten nun die Absicht, auf Grund unseres Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mit juristischen Mitteln gegen Herrn Schlamm vorzugehen. Auf der Präsidiumstagung des „Ständigen Kongresses“ in Münster (Westf.) am 14./15. Nov. d. J. war ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt worden. Im Grundgesetz heißt es wörtlich: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Nach dem Beschluß der Präsidiumstagung haben wir uns an den Sozios von Herrn Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Herrn Dr. Diether Posser, gewandt und ein Rechtsgutachten eingeholt. Danach ist es nur möglich, gegen Herrn Schlamm mit juristischen Mitteln vorzugehen, wenn die Mehrheit der Bundesregierung, des Bundestages oder einer Landesregierung Verfassungsklage gegen William Schlamm vor dem Bundesverfassungsgericht erhebt. Durch die Mehrheitsverhältnisse der Bundesregierung und des Bundestages würde ein entsprechendes Gesuch abschlägig beschieden.

Aus diesem Grunde wenden wir uns vertrauensvoll an Sie, sehr verehrter Herr Bürgermeister Brauer, mit der Bitte, diese Angelegenheit Ihrer Landesregierung zu unterbreiten und entsprechend unserer Bitte Verfassungsklage in Karlsruhe gegen Herrn Schlamm zu erheben. Herrn Schlamm müßte untersagt werden, zum Kriege aufzurufen. Entsprechende Schriften sind zu verbieten.

Wir hoffen zuversichtlich, daß Sie unsere Anregung mit Wohlwollen in die Hand nehmen werden und danken Ihnen für ihre freundliche Mühe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Karlludwig Opitz

STÄNDIGER KONGRESS
Karlludwig Opitz

Hamburg, den 20. Januar 1960

An den
Herrn Senatspräsidenten
Max Brauer
Hamburg 1

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In unserem Schreiben vom 22. Dezember 1959 baten wir Sie zu prüfen, ob der Hamburger Senat beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsklage gegen Mr. William S. Schlamm erheben könnte. Bekanntlich hat dieser amerikanische Bürger vor kurzem in Münster wiederum zum Kriege aufgerufen. Leider haben Sie, sehr verehrter Herr Bürgermeister, bisher auf unseren Brief nicht geantwortet.

Wir hören heute, daß Mr. Schlamm beabsichtigt, in Hamburg zu sprechen. Da der Hamburger Senat für seine Verfassungstreue bekannt ist (Absetzung der beabsichtigten Volksbefragung gegen die atomare Aufrüstung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts), sind wir der Überzeugung, daß der Senat auch diesmal seine Verfassungstreue unter Beweis stellen wird, indem die Hamburger Behörden Mr. Schlamm das Auftreten unter Hinweis auf das Bonner Grundgesetz in dieser Stadt verbieten.

Wir erwarten recht gern Ihre freundliche Antwort.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Karlludwig Opitz

Leider warten wir bis heute noch auf eine Antwort des Bürgermeisters. Sollte diese auch weiterhin ausbleiben, werden wir an die Bürgerschaftsabgeordneten mit der Bitte herantreten, den Senat der Hansestadt förmlich zu beauftragen, entsprechende Schritte zu unternehmen.

Ich kam zu einem Waffenfabrikanten mit dem interessanten Projekt einer ganz neuen, noch nie dagewesenen Bombe.

„Welche Vernichtungskraft hat Ihre Erfindung?“ fragte der Fabrikant mit Sachkenntnis.

„Zehn Millionen Menschen!“ erwiderte ich.

In Gedanken schmatzte der Waffenfabrikant vor Behagen mit der Zunge, ließ sich aber nichts anmerken.

„Hm... Ganz nette Zahl!“, sagte er ungerührt. „Arbeiten Sie weiter an der Sache, junger Mann.“

Der Waffenfabrikant wußte, wie er meinen Ehrgeiz anzustacheln hatte: Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit konnte ich ihm ein wesentlich verbessertes Projekt vorlegen.

„Jetzt kann meine Bombe mit einem Schläge einer halben Milliarde Menschen das Lebenslicht ausblasen“, berichtete ich.

Diese Nachricht bereitete dem Waffenfabrikanten großes Vergnügen, doch auch jetzt unterdrückte er ein lautes Lob, damit mir nicht etwa einfeile, mich auf meinen Lorbeeren auszu-ruhen.

„Nicht im Tempo nachlassen!“ sagte er ermunternd. „Nicht vor Schwierigkeiten zurückschrecken!“

Ich bin noch nie ein Faulenzer gewesen. Bald hatte ich meine Bombe so weit, daß von einer ganzen Milliarde Menschen nur ein feuchter Fleck übrigbleiben würde.

Diesmal drückte der Waffenfabrikant mir die Hand und gab seiner Anerkennung Ausdruck:

„Soso... Das ist schon etwas. Sie haben eine Zukunft, junger Mann...!“

Die Bombe

Janusz Osenka
polnischer Schriftsteller

Von meinem Erfolg berauscht, kramelte ich mir die Ärmel hoch und machte mich mit noch größerer Energie an die Arbeit. Nach ein paar Tagen stürmte ich atemlos und rot vor Eifer in das Arbeitszimmer des Fabrikanten.

„Anderthalb Milliarden!“ rief ich triumphierend.

Der Waffenfabrikant strahlte vor Wonne.

„Das nenne ich unentwegt einem Ideal nachstreben“, sagte er mit väterlichem Wohlwollen. „Es gibt doch keine Vollkommenheit, die der menschliche Verstand nicht noch weiter zu vervollkommen wüßte.“

Diese Worte erfüllten mich mit einem Elan ohne Gleichen.

Nach kurzer Zeit war unter meinen Händen eine Bombe für die Vernichtung von zwei Milliarden Menschen entstanden. Ich rannte zu dem Fabrikanten, kehrte aber im Treppenhaus wieder um und fügte fleißig noch eine halbe Milliarde hinzu. Eine innere Stimme sagte mir, daß ich meinem Ideal nahegekommen sei.

Der Fabrikant konnte seine Freude nicht mehr verbergen. Er platzte geradezu vor Freude. Es schien, als würde ihm gleich das Blut aus allen Poren spritzen, so rot war er geworden.

„Zweieinhalb Milliarden... zweieinhalb Milliarden...“ sagte er immer wieder vor sich hin und konnte sich

Fortsetzung Seite 7

WIR SIND BEDROHT

Interview mit Prof. Dr. Linus Pauling von Robert Cohen

Der weltbekannte amerikanische Wissenschaftler Dr. Linus Pauling war 22 Jahre lang Vorsitzender der Abteilung Chemie und technische Chemie sowie Direktor der „Gates and Crellin Laboratories“ am Kalifornischen Institut für Technologie in Pasadena bis 1. Juli 1957. Um mehr Zeit für seine Lehrtätigkeit als Professor zu haben, trat er von jenem Posten zurück und befaßt sich gegenwärtig auf Grund eines Stipendiums der Ford-Stiftung mit Gehirnstörungen auf molekularer Basis. Seine Beiträge zum wissenschaftlichen Fortschritt brachten Dr. Pauling die höchste Ehre ein, den Nobel-Preis für Chemie im Jahre 1954. Er wurde weiterhin mit der höchsten Auszeichnung der USA, der Medaille des Präsidenten für außerordentliche Verdienste

um die Vereinigten Staaten, und mit der Anerkennung der Royal Society, der Davy Award, ausgezeichnet.

Dr. Pauling ist der Verfasser des Buchs „Nie wieder Krieg“, das bei Dodd, Mead & Co. erschienen ist. Seit vielen Jahren führt er den Kampf amerikanischer Wissenschaftler um die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Gefahren der Atombombenversuche und über die Schrecknisse, die sich aus Anwendung der Atombombe im Kriegsfall ergeben würden. Er hat die von mehreren tausend Wissenschaftlern unterzeichnete Entschließung gegen die Atombombenversuche veranlaßt, die im Januar Präsident Eisenhower und den Vereinten Nationen unterbreitet wurde.

unsere Kriege weit von zu Hause geführt worden sind. Wir wissen, was den Soldaten geschehen ist, die ausgezogen sind, und es gibt viele Familien, die unter dem Krieg gelitten haben, und doch kennt man die volle Tragweite des Krieges in den USA nicht. — Vor allem aber scheint mir, daß unsere Mittel der Unterrichtung nicht so ausgenutzt wurden, daß sie das Volk wirklich informiert haben, und der Regierung selbst lag nicht viel daran, daß das amerikanische Volk sich der gegenwärtigen Lage wirklich bewußt wird.

Frage: Was würden Sie für den Hauptgrund dafür halten, daß die Regierung zögert, das Volk über die wirkliche Situation zu unterrichten?

Antwort: Es mag sein — obwohl ich dies nur vermuten kann —, daß man das Gefühl hat, der von der Regierung geplante Fortschritt könne gestört werden, wenn sich eine zu große öffentliche Diskussion einmischen würde. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Gerede über die „saubere“ Bombe vor einem Jahr lediglich den Zweck hatte, die öffentliche Meinung über die Abspaltung von Radioaktivität zu beruhigen. Das war eine Irreführung, denn teils waren die Angaben über die „saubere“ Bombe falsch, teils waren sie so formuliert, daß sie dem Publikum einen unrichtigen Eindruck gaben. Das Volk mußte vor allem denken, es würden Anstrengungen gemacht, um im Fall eines Atomkrieges Waffen zu verwenden, die eine geringere Radioaktivität zur Folge hätten. Es ist aber bekannt, daß in einem Atomkrieg radioaktive Waffen zum Einsatz kämen, denn sie sind militärisch am wirksamsten. Und Verteidigungsminister McElroy teilte im August 1958 einem Kongreßausschuß, der ihn darüber befragte, ausdrücklich mit, daß dem amerikanischen Vorrat an Atombomben eine Anzahl entnommen und etwas beigefügt wurde, um ihre radioaktive Abspaltung noch besonders zu erhöhen.

Frage: Wie kann man fortfahren, die Bomben noch tödlicher zu machen, wenn ihre Anwendung eine solche Zerstörung hervorrufen würde, daß alle unsere möglichen Kriegsziele, politischer und militärischer Art, dadurch ebenfalls vernichtet würden?

Antwort: Ich habe mich auch darüber gewundert. Ich frage mich, ob nicht die meisten Leute unserer Regierung in eng umgrenzter Weise auf ihrem Gebiet weiterarbeiten, indem sie sich sagen: meine Aufgabe ist lediglich, dies oder jenes zu tun, und ich habe mich nicht um die Fragen der allgemeinen Politik zu kümmern.

Frage: Welches Interesse kann die Regierung daran haben, die Bevölkerung falsch zu unterrichten?

Antwort: Ich denke, daß die Öffentlichkeit, wenn sie wahrheitsgemäß unterrichtet würde, immer stärker die Forderung nach internationalen Ab-

* * *

Frage: Wir möchten mit Ihnen im folgenden zwei Fragen erörtern: die Gefahren, die sich bei einer Weltkrise ergeben würden; und die Möglichkeiten, diese Gefahren zu verringern. Haben Sie den Eindruck, daß ein unüberwindlicher Interessengegensatz zwischen Ost und West besteht, der im Endeffekt zur Vernichtung des einen oder des anderen Systems führen muß?

Antwort: Nein, denn politische Systeme verändern sich rasch. Wenn wir England heute und vor 50 Jahren vergleichen, sehen wir, wie groß der Wechsel sein kann. Ich hoffe, daß sich alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systeme aller Nationen der Welt mit der Zeit bessern werden. Das würde das System in der UdSSR ebenso einschließen, wo ein starkes Bedürfnis nach Verbesserungen, besonders hinsichtlich der Rechte des einzelnen, besteht, wie das westliche System, wo den Menschen immer noch große Ungerechtigkeit widerfährt. Es wird nicht lange dauern — fünfzig oder hundert Jahre — bis es kein Land mehr geben wird, von dem wir

sagen können, daß sein politisches System dem der USA oder der UdSSR von heute entspricht.

Frage: Was würden Sie als das schädlichste Kennzeichen der Spaltung der Welt in zwei bewaffnete Lager bezeichnen, deretwegen so viel Geld für die Rüstung ausgegeben wird?

Antwort: Die große Gefahr der gegenwärtigen Krise besteht darin, daß sie zum Ausbruch eines Atomkrieges mit der Folge der Zerstörung der Welt führen kann. Ein anderer Gesichtspunkt ist der, daß wir in der ganzen Welt einen großen Teil des Welteinkommens — zwischen 10 und 15 Prozent — auf eine unproduktive Weise ausgeben, die dem Volk keinen Nutzen bringt, nämlich für Rüstung. Das ist eine Verschwendung. Der Lebensstandard auf der ganzen Welt könnte wesentlich gehoben werden, wenn wir internationale Abkommen zur Senkung der Rüstungsausgaben treffen würden. Dies würde keine Minderung der Sicherheit der Nationen der Welt, einschließlich der USA, sondern eher deren Steigerung bedeuten.

Frage: Glauben Sie, daß sich das amerikanische Volk über die wirklichen Gefahren der Atombombenversuche und die möglichen Folgen eines Atomkrieges klar ist?

Antwort: Nein, ich glaube nicht. Ich habe den Eindruck, daß das Volk über die Feststellungen und Tatsachen überrascht ist, die ich in meinen Vorträgen und in meinem Buch „Nie wieder Krieg“ treffe. Viele Informationen sind leicht zugänglich, aber sie wurden nicht allgemein bekanntgemacht. Deswegen sind sie den meisten Leuten neu.

Frage: Glauben Sie, daß dieser Mangel an Kenntnissen beim amerikanischen Volk darauf zurückzuführen ist, daß es nie die Schrecken des Krieges im eigenen Land erfahren hat, während die Völker in Europa und Asien sich dessen weit mehr bewußt und darum zugänglicher sind?

Antwort: Ich glaube, daß es in den Vereinigten Staaten einen gewissen Mangel an Realismus gibt, weil alle

Fortsetzung von Seite 6

nicht genug freuen über das Ergebnis. Schließlich beherrschte er sich, überlegte ein wenig und fragte:

„Wieviel Menschen gibt es denn überhaupt auf der Erde?“

„Zweieinhalb Milliarden“, antwortete ich.

Der Fabrikant runzelte die Stirn.

„Soll das heißen, daß ich auch mit dabei bin?“

„Natürlich...“, erwiderte ich etwas verwirrt.

Eine Minute brauchte er, um seine Kraft zu sammeln, dann brüllte er:

„Zum Teufel mit so einer Bombe!“ und warf mich hinaus.

„Man kann es den Menschen doch nie recht machen“, dachte ich betrübt, während ich die Treppe hinunterging. Und jetzt muß ich mich noch wegen versuchten Mordes an dem Waffenfabrikanten vor Gericht verantworten.

„Literaturnaja Gaseta“
vom 14. Juli 1959

kommen und nach einer Minderung der Rüstungslasten auch der USA erheben würde. (Diese Minderung könnte natürlich nur dann eintreten, wenn ähnliches auch in Rußland verwirklicht würde.) Die Minderung unserer Rüstungsausgaben würde jedoch die Rüstungsindustrie und am Ende auch unseren Wohlstand stören, soweit er mit dem Rüstungsprogramm zusammenhängt. Ich glaube nicht, daß es so sein müßte, aber auf jeden Fall wäre das ein Problem. Denn wie könnten wir das Militärbudget um — sagen wir — 10 Prozent in jedem Jahr verringern, ohne die Wirtschaft in Mitleidenschaft zu ziehen? Ich las kürzlich die Feststellung eines hohen Regierungsmannes, daß es den USA möglich wäre, an Stelle von 40 Milliarden Dollar im Jahr für Rüstung 60 Milliarden auszugeben, und daß unsere Wirtschaft damit fertig würde. — Das würde die Verschwendung von weiteren 20 Milliarden im Jahr bedeuten, die man für Schulen ausgeben könnte, die wir so nötig brauchen, oder für andere öffentliche Unternehmen, wie Straßen, Krankenhäuser... Auch unsere ärztliche Fürsorge ist ungenügend.

Frage: Haben Sie also das Gefühl, daß es wirtschaftliche Interessen sind, die die Rüstungsproduktion aufrechtzuerhalten wünschen?

Antwort: Ja. Ich nehme an, daß die Politik darin besteht, einen steigenden Druck auf Rußland auszuüben, um die Rüstung zu steigern, aber immer mit der Hoffnung, daß der Krieg selbst vermieden werden kann. Es bedeutet aber eine große Gefahr, zu viel zu riskieren. Ich glaube indessen, daß gegenwärtig die Politik des „steigenden Drucks“ zugunsten einer „Entspannungspolitik“ aufgegeben wird, wie sie uns durch die Natur der Ereignisse aufgezwungen wird, nämlich durch die Entwicklung so zerstörerischer Waffen, daß wir den Krieg selbst außer Betracht lassen müssen.

Frage: Wenn wir nun die möglichen Lösungen dieser Frage betrachten wollen, welches wären die ersten, dringendsten Schritte, die unsere Regierung unternehmen müßte, um die gegenwärtig drohenden Gefahren zu vermeiden?

Antwort: Ich habe das Gefühl, daß der erste Schritt ein Abkommen über die Versuche mit Kernwaffen sein müßte, und zwar nicht nur mit Rußland, sondern mit allen Nationen der Welt. Ein solches Abkommen steht nahe bevor. Die Genfer Konferenz der Atomspezialisten hat befriedigende Fortschritte gemacht. Dies hätte schon zwei Jahre früher geschehen müssen, und es ist sehr spät, jetzt diese technischen Gespräche zu führen. Nun, das erste, was getan werden muß, ist, ein Abkommen zu treffen.

Frage: Denken Sie, daß die Regierung wirklich fundierte Gründe für ihren Einwand hat, es könnte einem Land möglich sein, die Feststellung von Atombombenversuchen zu verhindern?

Antwort: Oh, daran besteht kein Zweifel, daß einigermaßen bedeutende Versuche leicht festgestellt werden können.

Frage: Was könnten die Staatsbürger innerhalb oder außerhalb von irgendwelchen Organisationen tun, um

die Regierungen zur Vernunft zu bringen?

Antwort: Ich kann mir vorstellen, daß verschiedene Einzelpersonlichkeiten verschiedene Dinge tun könnten und daß es eine Reihe von üblichen Wegen dazu gibt, wie z. B. an den Kongreß oder an den Präsidenten zu schreiben; das ist immer der Mühe wert. Auch an die Zeitungen zu schreiben ist wichtig, wenn die Briefe veröffentlicht werden. Dann gibt es auch — und das halte ich für wichtig — Leute, die besondere Anstrengungen machen und z. B. in der Vorhalle der Atom Energy Commission (AEC) in Hungerstreik treten, weil sie zu den Mitgliedern sprechen und ein besonderes Anliegen vorbringen wollen, oder Leute, die 60 Tage ins Gefängnis gegangen sind, weil sie gegen die Politik der Regierung protestierten und, wie ich denke, mit Recht. Ich habe bis jetzt noch nichts über den Schaden gesagt, den die Atomwaffen verursachen. Hier gibt es keinen Widerspruch. Es gibt vielleicht eine gewisse Unsicherheit, das ist wahr, aber die Wissenschaftler sind sich über die Tat-

Antwort: Ich habe versucht, die Frage für einen Angriff von 250 A-Bomben auf die USA zu beantworten, und ich habe gesagt, daß ich mich nicht entscheiden könne, ob nach einem, nach fünf oder nach zehn Jahren noch eine Million, fünf oder zehn Millionen Menschen in den USA am Leben wären. Zweifellos würden darüber hinaus zahllose Menschen in der ganzen Welt geschädigt, aber eine Schätzung über den Umfang dieses Schadens ist schwer zu machen. Ein gemäßigter Atomkrieg würde einige Millionen Fälle von Leukämie oder Knochenkrebs verursachen, und die genetischen Folgen wären außerordentlich schwerwiegend. Es ist durchaus möglich, daß ein großer Krieg die Zusammensetzung des menschlichen Samens so verändern würde, daß die menschliche Art, wie wir sie kennen, nicht überleben würde. Ich weiß nicht, ob genügend Informationen verfügbar sind, um eine endgültige Feststellung darüber zu treffen. Manche Menschen haben gesagt, ein großer Atomkrieg würde das Ende allen Lebens auf Erden bedeuten. Ich glaube

Grußwort an Linus Pauling

Linus Pauling, dem großen, ideal gesinnten Vorkämpfer für Abrüstung, Frieden, Völkerverständigung und Völkerversöhnung, dem Verfasser des „Hiroshima-Appells“ — Linus Pauling, neben Albert Schweitzer einer der größten Menschen der Gegenwart, der als Wissenschaftler seine hohe Verantwortung gegenüber der gesamten Menschheit erkannt hat, möchte ich hiermit, sicherlich im Namen zehntausender anderer Menschen, Grußworte der tiefsten Verehrung übermitteln.

Möchten recht viele Menschen die Worte dieses hochstehenden Mannes hören und befolgen, damit alle Nationen der Erde wieder in Frieden und Freundschaft miteinander leben können!

Felix von Lepel, Schriftsteller
Berlin-Charlottenburg

sachen einig, obwohl manchmal irrtümliche Feststellungen getroffen werden. Oft ist es nur ein Unterschied in der Betonung. In meinem Text spreche ich von der Zahl von Menschenleben, während beispielsweise die Atomenergiekommission von Prozenten spricht oder manchmal Worte gebraucht, die sehr unbestimmt sind, wie zum Beispiel „unbedeutend“.

Frage: Wollen Sie damit sagen, daß die Verwendung solcher Worte einen Versuch darstellt, der Wahrheit auszuweichen?

Antwort: Hunderttausend mit Schäden geborene Kinder werden von der AEC eine „unbedeutende“ Zahl genannt. Aber dieses Wort scheint mir doch sehr fragwürdig. Ich habe festgestellt, daß eine große Bombe nur mit dem Opfer von 15 000 ungeborenen Kindern erprobt werden kann und, einer ungefähr gleichen Zahl von Erwachsenen, die an Leukämie oder ähnlichen Krankheiten sterben werden. Die Verdoppelung dieser Schäden hätten wir vermeiden können, wenn wir den Briten die Ergebnisse unserer Versuche gegeben hätten. Warum sollten wir das nicht? Hier opfern wir also etwa 30 000 Menschen, weil wir es ablehnen, den Briten einige Informationen zu überlassen, die sie ohnehin erfahren werden.

Frage: Glauben Sie, daß bei einem Atomkrieg, bei dem die Hälfte der Bevölkerung der USA sofort getötet würde, die andere Hälfte eine Chance hätte, am Leben zu bleiben?

aber zu wissen, daß ein Krieg, in dem, sagen wir, 10 000 Zehn-Mega-Bomben zum Einsatz kämen, jedenfalls das Ende der menschlichen Art auf Erden bedeuten würde. Kürzlich erlebte ich eine Diskussion über Schutzräume. „160 Millionen Amerikaner würden getötet und 20 Millionen würden vielleicht am Leben bleiben, wenn es gar keine Schutzräume gäbe. Wenn wir uns zu einem idealen System von Schutzräumen entschließen könnten, so wäre das Verhältnis vielleicht umgekehrt.“ — Das ist aber, scheint mir, nur eine vage Möglichkeit; denn erstens müßte man Milliarden Dollar zur Verfügung stellen, und zum anderen müßte man das Volk veranlassen können, sein tägliches Leben so einzurichten, daß es jederzeit bereit ist, in die Schutzräume zu gelangen. Interkontinentale Geschosse brauchen nur 20 oder 25 Minuten für ihren gesamten Weg; es bliebe also kaum genug Zeit für die „Vorwarnung“. In diesem Fall würden eben 160 Millionen getötet werden, selbst wenn die besten Schutzräume vorhanden wären.

Frage: Lord Bertrand Russell hat unlängst geäußert, daß er, falls er vor die unwahrscheinliche Wahl gestellt würde, es vorziehen würde, unter einem kommunistischen Regime zu leben, als in einem Atomkrieg zu sterben. — Glauben Sie, daß dies die beiden einzigen Möglichkeiten sind, oder sehen Sie einen anderen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage?

Antwort: Ja. Ich würde die Beantwortung dieser Frage abgelehnt ha-

ben, denn ich halte sie für unrealistisch. Ich kann Lord Russells Antwort nur in dem Sinn verstehen, daß auch er glaubt, daß politische Systeme sich ändern und eroberte Länder nie sehr lang erobert bleiben. Ein durch einen Atomkrieg zerstörtes Land ist jedoch für immer zerstört. Aber ich denke nicht, daß dies die Alternative ist. — Wir haben es übrigens nicht nur mit den Russen, sondern auch mit den Chinesen zu tun. Es gibt 650 Millionen Menschen in China, eine sehr große Nation. Wir sollten Beobachtungsstellen für Atomversuche auch in China haben. Aber wie können wir das, wenn China nicht zu den Vereinten Nationen gehört? Der erste Schritt wäre, China in die UNO aufzunehmen. China aus den Vereinten Nationen auszuschließen, ist eine unvernünftige Haltung.

Frage: Würden Sie sagen, daß dies eine Gefahr für unsere eigenen Interessen darstellt?

Antwort: Ja, gefährlich für unsere Interessen, die darin bestehen, die Sicherheit der USA zu vergrößern. Dafür haben wir gegen eine Zerstörung der Welt zu arbeiten und das bedeutet, für Ordnung in der Welt. China? — nun gut, eine Überwachung chinesischer Atomversuche trägt dem Rechnung.

Frage: Denken Sie, daß es nötig ist, das Bewußtsein der Leute in bezug auf ihre moralischen Verpflichtungen zu wecken und ihnen klarzumachen, daß diese moralische Verpflichtung notwendig für ihren eigenen Schutz ist?

Antwort: Ja. Zum erstenmal in der Weltgeschichte arbeiten nationaler Eigennutz und Moral im gleichen Sinn. Bis zur Gegenwart war es für eine Nation möglich, unmoralisch zu sein, d. h. eine schwächere Nation anzugreifen und daraus Gewinn zu ziehen. Jetzt besteht diese Möglichkeit nicht mehr. Ich denke, es ist eine gute Sache, daß die Moral ihren Platz in der Welt hat. Es wurde nicht genug getan, selbst nicht von den Führern der Kirchen. Natürlich muß man für die Grundprinzipien der Demokratie kämpfen, wie sie, um ein Beispiel zu nennen, in den Menschenrechten verankert sind, aber der Weg, um dafür zu kämpfen, besteht nicht mehr darin, die meisten Menschen auf der Welt umzubringen. Das würde alles nur schlimmer und nicht besser machen.

Frage: Auf welchem Weg, glauben Sie, könnten die Nationen gegenseitiges Vertrauen erlangen?

Antwort: Wenn es auch nach und nach Übereinkommen über Abrüstung und andere internationale Fragen geben wird, müssen wir zunächst fortfahren, Rußland zu mißtrauen, und Rußland muß uns weiter mißtrauen. Jeder Schritt muß vorsichtig unternommen werden. Im Laufe der Zeit aber, wenn immer mehr Verflechtungen im internationalen Recht entstehen, wird sich ein Gefühl gegenseitigen Vertrauens bilden. Das wird noch lange dauern. Aber die Tatsache, daß es jetzt noch nicht besteht, darf uns nicht davon abhalten, die Lösung der Weltprobleme weiter zu betreiben.

Frage: Glauben Sie, daß durch eine Abrüstung auch die Abneigung vermindert würde, die gegen ein Land bei den Völkern mancher anderen Länder besteht?

Antwort: Ich denke, daß unser Ansehen in der Vorstellung der Völker der Welt wesentlich verbessert würde, wenn wir unsere Rüstung verringern und uns für die Lösung internationaler Probleme in einer gerechten Weise einsetzen würden, so daß allen Völkern der Welt ihr Recht zuteil würde. Wenn wir es wären, die die Moral zum Prinzip aller Weltfragen machten, so würde dies zweifellos sehr zum Nutzen der USA sein.

Frage: Könnten Sie uns zum Schluß sagen, wie nach Ihrer Überzeugung die Zukunft der Welt im Zeichen der Atomenergie aussehen wird?

Antwort: Ich habe das sichere Gefühl, daß wir den Kampf gegen den Atomkrieg und die Gewaltanwendung zur Lösung von Weltproblemen gewinnen werden. Ich glaube, daß im Laufe der Zeit diese große Entdeckung der Energiegewinnung aus den Kernen der Atome mehr und mehr genutzt werden wird, zum Wohle der Menschheit eher als zur Zerstörung. Ich bin von Natur ein Optimist, vielleicht auch auf Grund meiner Erfahrungen. Wir stehen vor einem großen Problem, aber ich glaube bestimmt, daß es gelöst werden wird, indem man für seine Lösung arbeitet.

(nach „Deutsche Woche“)

„Strahlungen“

Unbestechlich

Vor dem „Internationalen Kongreß“ über die Auswirkungen der radioaktiven Strahlung Ende Juni d. J. in Venedig fand das Referat von Prof. Z. M. Bacq, dem Direktor des Laboratoriums für Pathologie und Therapeutik der Universität Lüttich, besondere Beachtung. Er sagte, jeder Wissenschaftler, der seinem geistigen Auftrag getreu und der unbestechlich sein wolle, müsse feststellen, daß der zulässige Grad der Strahlung für den Durchschnitt der Menschheit sehr bald erreicht sein dürfte. Aufgrund eines umfassenden Materials bewies er das.

★

Nicht ohne Grund

Das wissenschaftliche Komitee der Vereinten Nationen zur Erforschung der radioaktiven Strahlung hat am 9. Juli die Regierung von 89 Ländern ersucht, Informationen über die sich verstärkenden Spuren von Strontium 90 in Knochen von Kindern einzuholen.

Mr. Schlamm und die Soldatenzeitung

Endlich haben sie sich gefunden, der Schlamm aus Amerika und die bundesdeutschen Militaristen. Ihr journalistischer Generalstab, die Redaktion der „Soldaten-Zeitung“, hat Herrn Schlamm interviewt. Besser gesagt: Schlamm und die deutschen Divisionsverheizer haben sich gegenseitig vor aller Öffentlichkeit bestätigt, daß sie vollkommen einer Meinung sind.

Die „Soldaten-Zeitung“ hat allen Grund, mit ihrem Schlamm zufrieden zu sein. Da sagt er beispielsweise: „Der deutsche Soldat auch des zweiten Weltkrieges war ein ausgezeichnete Kämpfer, treu, intelligent... Das Offizierskorps der deutschen Wehrmacht schätze ich hoch ein.“ Schlamm wendet sich gegen die Wiedergutmachungsforderungen der russisch Verfolgten. Und als die „Soldaten-Zeitung“ in diesem Zusammenhang erwähnt, daß sie wegen einer Artikelserie gegen die Wiedergutmachung von der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ antisemitischer Hetze bezichtigt wurde, antwortet Schlamm: „Sie sind da in achtbarer Gesellschaft.“

Den Schlußteil dieses Interviews muß man jedoch im Wortlaut lesen. Man liest ihn am besten zweimal, um das Ungeheuerliche voll erfassen zu können. Arm in Arm mit dem Militaristenblatt wendet sich Schlamm gegen die Gespräche zwischen Eisenhower und Chruschtschow und erklärt:

„Der Westen verhandelt ständig, macht Konzessionen, kapituliert. Er verhandelt über den Status von Berlin. Wozu? Dabei kann doch nichts anderes als ein Verzicht auf unsere Rechte herauskommen. Man soll sich endlich diese Verhandlungen ersparen. Für den Westen gibt es, wenn er überleben will, nur eine Lösung: Keinen Schritt zurück — eher Krieg. Die

Russen werden sich den Krieg dreifach überlegen, weil sie an das friedliche Vorwärtsspringen der kommunistischen Idee glauben. Man muß ihnen endlich sagen: Eher Krieg als unsere Konzessionen — macht Ihr uns jetzt Konzessionen.“

DSZ: „Und wie verträgt sich Ihre kompromißlose Haltung mit der von Ihnen auch schon konzipierten Idee einer Evakuierung West-Berlins?“

Schlamm: „Da bin ich sehr falsch verstanden worden. Was ich wirklich sagte, war dies: Ich würde die Evakuierung West-Berlins einer Anerkennung des Ulbricht-Regimes vorziehen. Der Anspruch der Bundesrepublik auf Gesamtdeutschland muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Aber ich lehne auch eine Evakuierung West-Berlins ab. Ich bin dafür, daß Berlin gehalten wird, und zwar mit allen unseren Rechten und unter allen Umständen.“

DSZ: „Sind Sie für den Panzerzug-Plan?“

Schlamm: „Ja, wenn Berlin abgeschnitten wird, muß man durchbrechen.“

DSZ: „Bei jedem Risiko?“

Schlamm: „Bei jedem Risiko.“

DSZ: „Auch unsere Meinung. In West-Berlin muß die Kapitulation aufhören. Unter allen Umständen.“

Schlamm: „Unter allen Umständen.“

DSZ: „Herr Schlamm, wir wünschen Ihnen zu Ihrer Mission viel Glück. Es ist eine große Mission, die ein großes Herz verlangt.“

„Bei jedem Risiko“ und „unter allen Umständen“, das heißt also Atomkrieg ohne Rücksicht auf Verluste — das darf in der Bundesrepublik ungestraft zu einer Zeit publiziert werden, in der sich der Beginn des zweiten Weltkrieges zum zwanzigsten Male jährt!

Bm (siehe auch das Flugblatt auf Seite 16)

Nicht das einzige Mittel...

„Unser Protest wird nicht das einzige Mittel bleiben, wenn Frankreich den Plan weiter durchführt, Kernwaffenversuche in der Sahara, nahe der marokkanischen Grenze, vorzunehmen“, sagte der Ministerpräsident Marokkos, Abdallah Ibrahim, am 28. Juni in Damaskus, wo er als Gast Nassers weilte.

★

Deutsche bereits in der Sahara!

„Es stimmt, daß in einigen Laboratorien deutsche und französische Wissenschaftler gemeinsam arbeiten. Im französisch-deutschen Laboratorium von Saint-Louis z.B. studieren Spezialisten beider Länder Elektronenprobleme, die sich auf die nationale Verteidigung beziehen. In der Sahara nehmen deutsche Techniker an Raketenversuchen teil.“ Le Monde, Paris

★

De Gaulle und Adenauer brauchen ihre Bombe

„Trotz der frommen Dementis Westdeutschlands und Frankreichs ist Deutschland an der Fabrikation der Atombombe beteiligt. Welches auch immer Adenauers Dementis sein mögen, eines ist sicher: die Bombe wird vielleicht den Namen de Gaulles tragen, aber sie wird gleichzeitig für de Gaulle und Adenauer sprechen. Man wird sie, wenn das möglich ist, dazu benutzen, zu verhindern, daß der Westen sich gegenüber der UdSSR elastisch zeigt oder von der Dulles-Politik abweicht. Und man wird auch drohen, sie nötigenfalls gegen die UdSSR einzusetzen.“ Daily Herald, London

★

Im geheimen

„Was die Behauptung der Bonner Regierung bezüglich des technischen Rückstandes der deutschen Laboratorien und Wissenschaftler angeht, so ist sie kühn: tatsächlich arbeiten mehrere deutsche Firmen seit mehreren Jahren im geheimen an nuklearen Explosivstoffen.“ Libération, Paris

★

Keine Zähmung der H-Bombe

Alle bisherigen Versuche zur Zähmung der H-Bombe sind fehlgeschlagen, mußte die britische Atomenergiekommission zugeben. Die für die Zähmung benötigten hohen Temperaturen von mehreren Millionen Grad Celsius hätten wegen des Energieverlustes nicht erreicht werden können.

★

Atom Müll

Die amerikanische Atomenergie-Kommission hat der US-Marine die Erlaubnis erteilt, radioaktiven Müll mit geringer Strahlung an drei Stellen im Atlantik und zwei Stellen im Pazifik zu versenken.

Ein im Meer versenkter Behälter mit radioaktiven Abfallprodukten der amerikanischen Atomenergiekommission, der die Aufschrift „Lebensgefahr — radioaktiver Müll“ trug, wurde an der Küste des Staates Oregon angeschwemmt.

Wir stellen zur Diskussion:

Ist unsere Arbeit richtig?

Ein wichtiger Briefwechsel

Nachfolgend geben wir den Kongreßdienstlesern den Wortlaut eines Briefes der Kriegsdienstverweigerer bekannt, der an das Büro des „Ständigen Kongresses“ gerichtet ist.

Das Büro hat dieser Organisation in einem ausführlichen Schreiben geantwortet. Der Redaktion erscheinen die angeschnittenen Probleme von so grundsätzlicher Bedeutung, daß wir deshalb beide Schreiben veröffentlichen. Schreiben Sie uns bitte Ihre Meinung dazu.

D. Red.

Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V. (VK)
In der War Resisters' International
Landesverband Hamburg
1. Vorsitzender

Hamburg, den 28. Dez. 1959
R 1/ — S —

STÄNDIGER KONGRESS
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik

H a m b u r g 19
Eichenstraße 46, ptr. lks.

Sehr geehrte Herren!

Immer noch liegt uns Ihr Schreiben vom 15. Juli 1959 zur Beantwortung vor. Wir möchten Ihnen daher folgende grundsätzliche Stellungnahme zu Ihrem Vorschlag, gemeinsam in Fragen der atomaren Aufrüstung gegen die Bundesregierung vorzugehen, zur Kenntnis bringen:

Auch wir sind der Meinung, daß es das ernsteste Anliegen aller pazifistischen Organisationen ist, gegen die Atomrüstung zu kämpfen. Die Parole des VK ist dabei: Kampf dem Atomtod durch Kriegsdienstverweigerer. Er konzentriert sich in voller Absicht auf dies eine Mittel, weil er es für das zur Zeit konkreteste hält. Der VK hält wenig oder gar nichts von großen Veranstaltungen, Aufmärschen und Proklamationen aller Art, weil sie dem Gegner nicht imponieren, den Teilnehmer nicht binden und in der Öffentlichkeit nach kürzester Zeit wieder vergessen und daher politisch weitgehend unwirksam sind.

Wir halten daher auch nichts von den zahllosen Neugründungen von Anti-Atom-Klubs aller Art. Es gab genügend Gelegenheit, in den schon vorhandenen Organisationen mitzumachen, um die dort vielleicht zu geringe Aktivität zu verstärken. Alle politische Erfahrung hat gezeigt, daß nur innerhalb der großen Organisationen politisch etwas auszurichten ist. Außerhalb — und seien die Absichten und die handelnden Personen noch so gut — bleibt es Splitter- und meistens auch Spalterarbeit.

Auch der „STÄNDIGE KONGRESS aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ hat dazu beigetragen, die am Kampf gegen die Atomrüstung beteiligten Kreise weiter aufzusplintern. Wenn man mit der Tätigkeit einer an sich guten und zweckmäßigen Organisation nicht zufrieden ist, sollte man zunächst immer den Weg beschreiten, durch Aktivität innerhalb dieser Organisation die Dinge zu ändern. Solche Möglichkeiten sind in Hamburg sicherlich nicht ausgenutzt worden. Mit Vereinsmeierei kommen wir nicht weiter. Außerdem ist der VK nicht bereit, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die nicht ganz deutlich machen, daß sie sich ebenso gegen die westliche wie gegen die östliche Aufrüstung und Atomrüstung wenden. Die Argumentation des „STÄNDIGEN KONGRESSES“ — ebenso wie z.B. der „Anderen Zeitung“ — läßt uns den Verdacht nicht loswerden, daß man glaubt, nur die westliche und nicht die östliche Aufrüstung gefährde den Frieden. Wir sind anderer Meinung und haben nicht vergessen, daß es insbesondere die östliche Politik nach dem letzten Krieg war, die es der Bundesregierung überhaupt erst wieder ermöglichte, sich in den Rüstungswettlauf einzuschalten. In die Sackgasse, in der wir uns befinden, hat uns nicht — wie Sie in Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1959 zum Ausdruck bringen — die Politik der Bundesregierung, sondern in erster Linie die Politik Ulbrichts, d.h. der Sowjetunion, geführt. Ohne Ulbricht wäre Adenauers Politik nicht möglich gewesen.

Selbstverständlich halten wir Adenauers Politik deswegen noch lange nicht für gerechtfertigt, wir müssen aber feststellen, daß in Westdeutschland Kriegsdienstverweigerung praktisch möglich ist, im Osten aber nicht. Unsere Haltung ist daher grundsätzlich pro-westlich. Am Kalten Krieg sind wir trotzdem schon deswegen nicht beteiligt, weil wir die militärische Schlagkraft des Westens durch Kriegsdienstverweigerung schwächen. Wir wollen das verteidigen, was wir den westlichen Lebensstil nennen möchten, nur eben nicht mit militärischen Mitteln. Trotzdem haben alle diejenigen unsere Sympathie, die ehrlichen Herzens die unheilvolle Gewaltpolitik in Ost und West bekämpfen, ganz gleich, ob ihnen das östliche oder westliche System näher liegt. Wir machen allerdings kein Hehl daraus, daß uns kommunistische und kommunistenfreundliche „Friedenskämpfer“ von vornherein verdächtig sind, weil ihnen normalerweise nur die Schußrichtung nicht paßt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Harm Westendorf

Unsere Antwort:

STÄNDIGER KONGRESS

Karlludwig Opitz

Hamburg, den 20. Jan. 1960

An den Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V. (VK)

z. Hd. v. Herrn Harm Westendorf

Hamburg 13, Bornstraße 6

20. Januar 1960

Sehr geehrter Herr Westendorf!

Zunächst unseren herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 28. Dezember 1959. So gut es geht, möchten wir ihn beantworten.

Problem Nr. 1: Kriegsdienstverweigerung ist gut. In der Frage des Kampfes gegen den Atomtod könnte man wenigstens theoretisch unserer Meinung nach die jungen Soldaten, die den Krieg ohne Atomwaffen bejahen (Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, Verhinderung von Übergriffen kleinerer Staaten, Wahrung des Ansehens des Staates usw.), in den Kampf gegen den Atomtod einbeziehen. Die Kriegsdienstverweigerer lehnen das Soldatentum schlechthin ab. Das wird bei einem großen Teil der Jugend sicherlich kein Verständnis finden. Dagegen wird es dem letzten Jugendlichen einleuchten, daß Atomwaffen zur Verteidigung angewandt, gleichzeitig Selbstmord bedeutet und mit Krieg im hergebrachten Sinne nichts mehr zu tun hat. Wir wollen mit dieser Meinung Ihre Arbeit nicht verkleinern, besonders deshalb nicht, weil sie angesichts der totalen Abrüstungsvorschläge eine besondere Bedeutung gewinnt. Wenn diese Absichten zur Verwirklichung kommen, wozu wir lebhaft beitragen wollen, bekommt auch der Kampf gegen den Atomtod einen anderen Charakter. Damit würden die Ziele der Bewegung gegen den Atomtod mit den Zielen der Kriegsdienstverweigerer mehr und mehr zusammenfallen. Man darf jedoch unserer Meinung nach nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun.

Problem Nr. 2: Im Gegensatz zu Ihnen, halten wir von großen Veranstaltungen, Aufmärschen und Proklamationen aller Art außerordentlich viel. Nach unserer Meinung zeigt die deutsche Geschichte genügend Beispiele dafür, welche Erfolge der konzentrierte Einsatz dieser Mittel erringen kann (Kapp-Putsch in der Weimarer Republik, aus neuerer Zeit die große Demonstration auf dem Hamburger Rathausmarkt, deren Wirksamkeit an dem Karlsruher Urteil ablesbar ist). Wir leugnen nicht die Bedeutung der Kleinarbeit, wie Sie sie mit großer Beharrlichkeit unternehmen. Wenn sie aber nicht eines Tages Massencharakter annimmt, dann sind alle Ihre Bemühungen umsonst gewesen.

Problem Nr. 3: Bei dem „Ständigen Kongreß“ handelt es sich nicht um die Neugründung eines Vereins oder eines Klubs oder ähnlichem. Es ist der Versuch, eine ständige Diskussion unter den Gegnern der atomaren Aufrüstung aufrechtzuerhalten. Sowohl die Bundesregierung als auch Vertreter einiger Bewegungen gegen den Atomtod (es soll auch solche Funktionäre im Verband der Kriegsdienstverweigerer geben) möchten die Diskussion über Ziel und Aufgaben der Bewegung gegen den Atomtod gern beendet wissen, damit die Bewegung sachte entschläft. Wir haben jedoch ein gegenteiliges Interesse. Weil wir meinen, daß eine restaurative Politik, die heute nur mit atomaren Waffen durchgesetzt werden kann, bei Vollendung der atomaren Aufrüstung im gegenwärtigen Zustand zum Krieg führen muß. Wir wollen also nicht zersplittern, sondern zusammenführen. Deshalb auch unsere Bitte um Zusammenarbeit gegen die atomare Aufrüstung.

Problem Nr. 4: Durch die anregende Tätigkeit des „Ständigen Kongresses“ werden Mitglieder von Friedensorganisationen, die mit der Aktivität ihrer Organisation nicht zufrieden sind, ermutigt, innerhalb ihrer Organisation die Dinge zu ändern. Uns scheint das eine sehr wichtige Aufgabe zu sein.

Problem Nr. 5: Innerhalb des „Ständigen Kongresses“ gibt es niemand, der etwa nicht glauben würde, daß nicht auch die östlichen Aufrüstungen den Frieden gefährden würden. Wie Sie zu der von Ihnen bekundeten Meinung gekommen sind, ist uns unerfindlich. Aus unseren Publikationen können Sie Ihre Meinung über uns nicht gewonnen haben. Jedenfalls wären wir Ihnen für einen diesbezüglichen Hinweis am konkreten Beispiel sehr dankbar. Was wir aber nicht können, ist: Wir können nicht unterschlagen, daß östliche Politiker, verantwortliche Staatsmänner und Gelehrte, die drohenden Atomgefahren genauso sehen wie wir. (Dieses wird von der gesamten offiziellen Presse und von den Publikationen der meisten Friedensorganisationen verschwiegen.) Viele Friedensorganisationen glauben, den wilden und abenteuerlichen Antikommunismus der Bundesregierung mitmachen zu müssen, um nur ja nicht in den Verdacht einer „kommunistischen Tarnorganisation“ zu geraten. Sie merken dabei gar nicht, daß sie, ohne es zu wollen, den Atomrüstungspolitikern in die Hände arbeiten. Ein einfach denkender Mensch wird sich der Politik Adenauers zuwenden, wenn er von einer Friedensorganisation zu einem Antikommunisten gemacht wurde. Wenn schon Antikommunismus, dann wird ihm die Politik Adenauers in der logischen Konsequenz als sicherer erscheinen, als die Politik der Friedensverbände.

Fortsetzung Seite 12

LESER BRIEFE

Anbei bitte ich um ein Abzeichen. Es wäre zu wünschen, daß jeder Deutsche dieses Abzeichen tragen würde. Wäre es nicht möglich, daß auch als Siegel auf Briefen, Postkarten usw. dieses Abzeichen sichtbar wäre? Es ist für mich heute noch ein Erlebnis der Kongreß am 7. und 8. März in Dortmund-Schwerte. Wird auch im Jahr 1960 ein solcher Kongreß stattfinden, um den kalten Kriegern zu zeigen, daß Gegner der Massenvernichtungswaffen sich nicht einschüchtern lassen und der Kampf in verstärktem Maße weitergeht, auch wenn Mr. Schlamm für Atombomben ist u. Herr Strauß für Schlammpropaganda macht. Nochmals meinen herzlichsten Dank für das Abzeichen und vom Herzen ein gutes neues Jahr wünschend, ein Jahr des Friedens 1960!!! Der Frieden kommt, wenn man will, das Gute siegt über das Schlechte!

Anbei 50 Pfennig.

Freundlicher Gruß
Rentner Otto Seitz

*

Am 22./23. August 1959 fand in Kiel, Stadtteil Gaarden-Süd, eine von der Friedensbewegung Schleswig-Holstein und dem Kieler Friedenskomitee organisierte Umfrage zu Problemen der Atombewaffnung statt.

Die freiwilligen Helfer aus der Friedensbewegung und anderen Friedensorganisationen stellten in den Haushalten folgende Fragen:

1. Sind Sie gegen den Ausbau des Kieler Marinearsenals zum Atomwaffenlager?
 2. Sind Sie gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr?
 3. Sind Sie für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa?
- Die Fragen wurden von 1615 über 21 Jahre alten Bürgern wie folgt beantwortet:

Die Frage 1 beantworteten mit:

ja	1311 Befragte = 81,6 %
nein	231 Befragte = 14,1 %
Enthaltungen	65 Befragte = 4,3 %

Die Frage 2 beantworteten mit:

ja	1293 Befragte = 80,6 %
nein	240 Befragte = 14,7 %
Enthaltungen	74 Befragte = 4,7 %

Die Frage 3 beantworteten mit:

ja	1263 Befragte = 78,7 %
nein	275 Befragte = 17 %
Enthaltungen	69 Befragte = 4,3 %

8 Stimmen waren ungültig.

G. Christen

*

Der Film „Das letzte Ufer“, der jetzt in allen Ländern der Erde läuft und der uns das unausweichliche Ende der Menschheit vor Augen führt, wenn die Atombombe nicht geächtet und vernichtet wird, ist ein unvergeßlich tiefes, menschliches und auch rein künstlerisches Erlebnis. Es sollte niemanden geben, der diesen Film zu sehen versäumt.

Berlin-Charlottenburg
Felix von Lepel

Wir haben bei einem Besuch in England festgestellt, daß dort diese Fragen etwas anders aussehen. Man unterscheidet dort zwischen „Antikommunisten“ und „Nichtkommunisten“. Bei uns wird ein Nichtkommunist schon als Prokommunist bezeichnet. Das ist in England z. B. nicht der Fall. Wahrscheinlich wird diese ganze Atmosphäre bei uns dazu beigetragen haben, daß Sie uns in ähnlicher Weise verdächtigen. Es ist wahr, bei den Mitarbeitern des „Ständigen Kongresses“ handelt es sich um Nichtkommunisten, die die ideologische Konzeption des Kommunismus vollkommen ablehnen, ja bekämpfen, die sich aber konsequent weigern, die östliche Politik für alles Böse in der Welt verantwortlich zu machen. Sie meinen: ohne Ulbricht wäre Adenauers Politik nicht möglich gewesen. Wir meinen: ohne Adenauers Politik wäre Ulbricht nicht möglich gewesen. Herr Ulbricht hat vor einiger Zeit in einem Interview mit einem amerikanischen Korrespondenten zugegeben, daß nur die reaktionäre Politik im Westen Deutschlands sie dazu gezwungen habe, die Deutsche Demokratische Republik aufzubauen. Es sei schon damals sichtbar geworden, daß die verantwortlichen Kreise, die für die letzte Katastrophe schon verantwortlich gewesen sind, Deutschland erneut in eine abenteuerliche Kriegspolitik führen würden. Diesen Revanchepolitikern mußte die Möglichkeit genommen werden, über Gesamtdeutschland zu verfügen. Soweit Herr Ulbricht. Wenn wir die Erscheinungen der letzten Zeit und die Aussprüche bekannter Politiker bei uns kritisch überprüfen, dann scheint uns die Ansicht des Herrn Ulbricht über die Entwicklung in der Bundesrepublik durchaus nicht so abwegig zu sein. Es gibt genügend Stimmen im In- und Ausland, die ähnliche Befürchtungen hegen. Unser Besuch in England hat unsere Ansicht vollkommen bestätigt. Auch dort weiß man nicht, was eine atomgerüstete Bundesrepublik unternehmen wird.

Problem Nr. 6: Der Gerechtigkeit halber dürften Sie nicht verschweigen, daß es in Ostdeutschland keine allgemeine Wehrpflicht gibt. Sie können also nicht einfach generell davon sprechen, daß es im Osten keine Kriegsdienstverweigerung gibt. Vielleicht beantworten Sie sich einmal folgende Frage: Gesetzten den Fall, es gelänge Ihnen, die große Mehrheit der Wehrpflichtigen zu Kriegsdienstverweigerern zu machen. Meinen Sie im Ernst, daß die Regierung sich das gefallen lassen würde? Meinen Sie nicht auch, daß die Regierung dann neue Gesetze beschließen würde, um die Kriegsdienstverweigerung auf gesetzlicher Grundlage zu verweigern? Wir für uns haben jedenfalls solche gefährlichen Illusionen nicht.

Zum Abschluß können wir Sie nur wiederholen. Auch wir wollen den westlichen Lebensstil verteidigen. Zum Unterschied zu Ihnen glauben wir aber in der Lage zu sein, die Möglichkeiten und Kräfte sowie die staatliche Existenz der östlichen Staaten real einzuschätzen. Wir meinen, genau wie uns Lord Russel sagte: „Entweder wir müssen mit den Kommunisten leben oder gegen sie sterben.“ Aus diesem Grunde werden wir in der Frage des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung in Ost und West und in der Frage der totalen Abrüstung in der Welt immer mit Kommunisten auf gleichberechtigter Basis zusammenarbeiten. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wiederholen wir noch einmal, daß die Zusammenarbeit sich nur auf dieses Gebiet erstreckt. Ansonsten bleibt prinzipielle Gegnerschaft in ideologischen und wirtschaftlichen Fragen bestehen. Die umgekehrte Erkenntnis, daß man mit den „Kapitalisten“ leben muß, um nicht gegen sie zu sterben, ist unserer Erfahrung nach bei den Kommunisten weit verbreitet. Deshalb sind uns kommunistenfreundliche Friedenskämpfer durchaus nicht von vornherein verdächtig.

Auch Kommunisten sind für uns genauso wenig Menschen zweiter Klasse wie in Vergangenheit und Gegenwart die Juden. Wer anderer Ansicht ist, hat unserer Meinung nach den Sinn einer demokratischen Lebenshaltung nicht erfaßt. Wir glauben, Ihnen mit diesem Brief unsere sachlichen Meinungsverschiedenheiten so dargestellt zu haben, wie sie wirklich sind und nicht, wie die Bundesregierung sie dargestellt haben möchte. Wir sind der Meinung, daß trotz der großen Gefahren in unserem Lande die Völker im Osten und Westen uns deutschen Friedenswilligen helfen werden, unsere unselige Vergangenheit und Gegenwart zu überwinden. Bei der weiteren Entwicklung wird es zu einer engen Zusammenarbeit aller Friedenskräfte bei uns kommen müssen, weil sie später einmal die Geschicke Deutschlands tragen werden. In diesem Sinne begrüßen wir Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

im Auftrage des Büros des „Ständigen Kongresses“
gez. Karl Ludwig Opitz

Wußten Sie das eigentlich?

Auf der Sitzung der EUROPAISCHEN FEDERATION GEGEN ATOMRÜSTUNG am 12./13. September 1959 in London wurde von allen der Föderation angeschlossenen nationalen Komitees folgender Beschluß gefaßt:

1. Die EUROPAISCHE FEDERATION GEGEN ATOMRÜSTUNG wird verbindlich nur durch ihr Komitee bzw. durch ihren Präsidenten und Vizepräsidenten vertreten.
2. Auf Grund schriftlichen Mandates können hierzu auch einzelne Mitglieder des Komitees ermächtigt werden.
3. Bis heute ist eine solche Mandatierung zu verbindlicher Vertretung niemals erfolgt; auch nicht im Zusammenhang mit der Hiroshima-Konferenz, zu der auf Grund begründeten Beschlusses kein offizieller Vertreter des Komitees delegiert worden ist.

Begegnung mit Japanern

Vom 26. Juli bis 4. August 1959 fanden in Wien die VII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft statt, und ich hatte das Glück, daran teilnehmen zu können.

Viel Herrliches und Erhebendes erlebte ich, aber auch etwas, was mich zutiefst erschütterte: Die Begegnung mit einer Überlebenden von Hiroshima und eine Diskussion mit Japanern über den Kampf gegen den Atomtod.

Es war am Abend des 30. Juli. Eine kleine Delegation der japanischen Reisegruppe besuchte uns in unserem Zeltlager. Die Begrüßung war beiderseits herzlich und freundschaftlich, und wir setzten uns zusammen in das Zelt für Freundschaftstreffen, um zu diskutieren. Der Leiter der Delegation stellte uns Fräulein Kazuko Karashima vor, eine der Überlebenden von Hiroshima und Opfer der Atombombe. Alle Organe in ihrem Körper sind durch die Strahlen beschädigt, noch heute leidet sie schwer daran. In Japan mußte sie einen Freund zurücklassen, der gern das Festival besucht hätte, aber seine schwere Strahlenkrankheit hinderte ihn zu kommen. „Ich weiß nicht, ob ich ihn wiedersehen werde“, sagte sie traurig.

Fräulein Karashima sah nach dem Abwurf der Atombombe Menschen lebendig verbrennen, sie hörte die Schreie Sterbender, die Schreie verzweifelter Mütter, die zusehen mußten, wie ihre Kinder verbrannten. Menschen mit schweren Verbrennungen, die sich unter furchtbaren Schmerzen zu Tode quälten, Menschen, die vor der unerträglichen Hitze in die Teiche und Wasserarme flüchteten, wo sie dann ertranken (alle Wasserstellen in Hiroshima waren angefüllt mit Ertrunkenen), Menschen, die schon halb wahnsinnig vor Schmerzen und Verzweiflung in die Teiche sprangen — unsägliches Leid überall, qualvolles Sterben, entsetzlich zugerichtete Verwundete und Tote —, das alles mußte sie mit ansehen und erleben.

Wir waren tief erschüttert und beeindruckt und diskutierten noch lange mit unseren japanischen Gästen über Möglichkeiten, einen Atomkrieg zu verhindern. Es drängte uns zu erfahren, was in Japan gegen atomare Aufrüstung und gegen die Atombombentests getan wird. Die Japaner gaben uns gern darüber Auskunft und berichteten von der Arbeit des japanischen Rates gegen Atom- und Wasserstoffbomben. „Nachdem vor 5 Jahren das Fischerboot „Glücklicher Drachen“ in einen radioaktiven Staub- und Aschenregen geraten war, der von den Versuchen auf dem Bikini-Atoll herrührte, hat sich in der Bevölkerung Japans der Wille und die Bereitschaft zum Kampf gegen Atombomben noch mehr verstärkt; denn die Fischer erlitten schwere Strahlenschäden. Einer von ihnen, Herr Kupoyama, ist an den Folgen der radioaktiven Bestrahlung gestorben. Es wurden 14 Millionen Unterschriften gesammelt, und dadurch stellte man fest, daß sich 90% der Bevölkerung Japans gegen Atombomben ausgesprochen hatten! Das ist ein sehr gutes Ergebnis, zumal die

Konservativen, d. h. die Regierungspartei und Anhängerschaft des Kaisers, großen Einfluß und alle Machtbefugnisse haben. Aber wiederum gehören auch viele Konservative dem Rat gegen Atom- und Wasserstoffbomben an, obwohl die Regierung sich nicht dahinterstellt und keineswegs unsere Bewegung gegen den Atomtod unterstützt."

"Wir freuen uns sehr über Euer Ergebnis! Auch in Deutschland sind etwa 90 Prozent der Bevölkerung gegen Atombomben eingestellt, und besonders die Jugend setzt sich aktiv ein im Kampf gegen den Atomtod."

"Das macht uns sehr froh, denn auch in Japan sind besonders die jungen Menschen sehr aktiv und kampfbereit. Sie führen Diskussionen und veranstalten Demonstrationenmärsche, in denen Transparente, Spruchbänder und Bilder von Hiroshima getragen werden."

Einige dieser Bilder hatte die japanische Delegation während des Festivals ausgestellt, jeder konnte seine Meinung dazu in ein Buch eintragen und natürlich auch mit Delegierten diskutieren. Viele Festivalbesucher sahen diese Ausstellung und waren sehr interessiert, mehr über Hiroshima und den Kampf gegen den Atomtod zu erfahren.

"Unsere Jugend in Japan wirbt eifrig um Interesse am Kampf gegen Atomwaffen, was auch in der Bevölkerung großen Widerhall findet."

Die anwesenden Jugendlichen aus Japan waren sehr interessiert zu wissen, wie in Deutschland die Werbung organisiert wird. Wir erzählten ihnen gern darüber.

"In Hamburg und Schleswig-Holstein z. B. besteht die „Junge Aktion gegen Atomtod“. Um junge Menschen zu gewinnen, führt diese Organisation Veranstaltungen mit Jazzorchestern und politischen Kabarets durch, an deren Ende dann Diskussionen geführt werden. Aber nicht nur Jugendliche, auch erwachsene Menschen sucht die „Junge Aktion“ zu gewinnen. Vieles findet fruchtbaren Boden, bei Befragungen sprachen sich viele Menschen für eine kernwaffenfreie Zone in Europa aus."

Zum Abschluß sprach der Leiter der japanischen Delegation seine Freude darüber aus, daß gerade in Deutschland der Ruf nach Frieden, der Ruf zum Kampf gegen die fürchterlichen Atomwaffen so großen Widerhall findet. „Denn wir möchten einen herzlichen Appell an alle richten! Wir sind zum Festival gekommen, um über die Arbeit gegen die Atombomben, über den Frieden zu diskutieren. Wir glauben, für Frieden und Freundschaft arbeiten zu können und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit mit unseren deutschen Freunden!"

Alle, die an diesem Abend hier zusammenkamen, sprachen ihre Überzeugung aus, daß das Festival dazu beitragen wird, einen dauerhaften Frieden zu verwirklichen, der endlich die ungeheure Bedrückung — die Angst vor der Atombombe und deren entsetzlichen Folgen — von der Menschheit nehmen wird.

Helga Willers

England:

Friedliche Anwendung der Atomenergie

Die britischen Hoffnungen auf die baldige Erreichung praktischer Resultate in der Verwendung von thermo-nuklearer Energie für industrielle Zwecke konzentrieren sich jetzt vollständig auf eine neue experimentelle thermo-nukleare Maschine „ICSE“ (Intermediate Current Stability Experiment). Bedeutende staatliche Mittel in Höhe von insgesamt ungefähr 1 Million Pfund Sterling wurden vom Schatzamt für die Entwicklung dieser Maschine zur Verfügung gestellt. Infolge der Feststellung der Atomenergiebehörden, daß bei der Entwicklung der ersten thermo-nuklearen Maschine, der sogenannten ZETA, ernsthafte Fehler unterlaufen seien, wurden die offiziellen Hoffnungen, daß England einen großen Vorsprung in der Erforschung und der Verwendung thermo-nuklearer Energie erreichen werde, aufgegeben. Man rechnet damit, daß die neue Maschine ICSE 1962 vollendet werden wird.

Die Feststellung vom Fehlschlag der ZETA wurde von Sir William Penny gemacht, dem kürzlich ernannten Forschungsmittglied der Atomenergiebehörde des Vereinigten Königreichs, der bemerkte, daß die britischen Wissenschaftler ZETA als „sehr schwer zu verstehen“ bezeichnet hätten. Dies setzte den früheren optimistischen Hoffnungen ein Ende, wonach die 2. ZETA-Maschine, die nach inoffiziellen Schätzungen zwischen zwei und drei Millionen Pfund Sterling gekostet hat, wirklich thermo-nukleare Energie erreichen würde.

Die Gewinnung von thermo-nuklearer Energie hängt von der Erzeugung enormer Temperaturen oder enormen Druckes innerhalb eines speziell konstruierten Behälters ab, wodurch Wasserstoffatome zur Kernverschmelzung gebracht werden. Diese extrem hohen Temperaturen werden durch die Zuführung gewaltiger elektrischer Ladungen für die Dauer von einigen wenigen millionstel oder auch tausendstel Sekunden, je nach der Konstruktion der Maschine, erreicht. Je mehr elektrische Energie eingespeist wird, desto höher ist die Temperatur, die erzeugt wird. In einem wirtschaftlich arbeitenden thermo-nuklearen Reaktor müssen so viele Wasserstoffatome miteinander verschmolzen werden (und dabei Energie abgegeben), daß mehr Energie erzeugt wird als in Form von Elektrizität in die Maschine eingespeist wird. Bei der Konstruktion eines erfolgreich arbeitenden thermo-nuklearen Reaktors kommt es also darauf an, eine hinreichend hohe Temperatur zu erzeugen, um eine möglichst hohe Zahl von Kernverschmelzungen zustande zu bringen und Energieverluste zu vermeiden, um eine Kettenreaktion zu ermöglichen. Bei der Verschmelzung von Wasserstoff in der Form von Deuterium (schwerem Wasserstoff) werden neue Komponenten wie Tritium und Helium zusammen mit Neutronen und großen Mengen von Energie erzeugt. Wenn alles richtig funktioniert, müßte eine weitere Erhöhung der aufgewendeten elektrischen Energie zur Erzeugung von noch höheren Temperaturen und zur Vermehrung der Wasserstoffkernverschmelzungen führen und als Folge zu mehr Energie und mehr Neutronen. Im Herbst 1957 erzeugte ZETA Neutronen, und die erreichten Temperaturen schienen hoch genug, um die Anlage zu rechtfertigen, da eine weitere Erhöhung der Temperatur im Innern des Apparates zu einer Vermehrung der kontrollierbaren Kernver-

schmelzungen, zum mindesten in einem gewissen Ausmaß, führen müßte.

Es gibt zwei Methoden, um die Temperatur des Wasserstoffgases zu messen. Die erste Methode beruht auf der Messung der sogenannten Ionen-Temperatur bzw. der Temperatur, die durch spektografische Beobachtung der Verunreinigungen des Brennstoffes angezeigt wird. Die Messung der Ionen-Temperatur, die im Dezember 1957 durchgeführt wurde, zeigte, daß Temperaturen in der Größenordnung von fünf Millionen Grad Celsius in einem Zeitraum von tausendstel Sekunden erreicht wurden.

Die zweite Methode für die Temperaturmessung von Wasserstoff beruht auf der Messung der Energie von Elektronen oder negativ geladenen Atompartikeln, die während der Reaktion in einer bestimmten Form emittiert werden. Bis zum Januar 1958 waren aber noch keine Messungen der Elektronen-Temperatur durchgeführt worden. Als sie ausgeführt wurden, zeigte sich eine große Diskrepanz zwischen der Ionen-Temperatur und der Elektronen-Temperatur. Die erstere entsprach einer Temperatur von fünf Millionen Grad, die letztere jedoch nur einer Temperatur von etwa 1/2 Millionen Grad. Man nimmt an, daß der Besuch einiger prominenter sowjetischer Wissenschaftler, die eingeladen worden waren, um ZETA zu besichtigen, den britischen Wissenschaftlern einen Hinweis dafür gaben, daß die Methode der Messung der Ionen-Temperatur zu falschen Schlußfolgerungen führen könnte. Die sowjetischen Wissenschaftler wiesen ihre Kollegen darauf hin, daß die Wärmeverluste, die durch die Messung der Elektronen-Temperatur aufgedeckt werden würden, mancherlei Illusionen der ZETA-Enthusiasten zerstören würden. Die großen Energieverluste, die durch die Messung der Elektronen-Temperatur tatsächlich aufgedeckt wurden, zeigten, daß intensive Anstrengungen erforderlich waren, um die Schwierigkeiten zu überwinden. An ZETA I wurden daher im Jahre 1958 Veränderungen vorgenommen, um zu gewährleisten, daß in Wirklichkeit Temperaturen in der Größenordnung von fünf Millionen Grad erreicht werden. Der elektrische Strom, der dem Wasserstoff zugeführt wurde, wurde von 200 000 Ampere auf 300 000 Ampere erhöht und die Messung der Ionen-Temperatur ergab ein Ansteigen auf sechs oder sieben Millionen Grad.

Aber das Ergebnis war noch enttäuschender. Die Zahl der erzeugten Neutronen nahm ab, statt zuzunehmen. Einige Kernverschmelzungen fanden zwar tatsächlich statt, aber nicht unter kontrollierbaren Bedingungen.

Inzwischen suchte man zu entdecken, warum und in welcher Form die Energie verloren ging. Es gibt keinen Zweifel mehr, wo der Verlust erfolgt. Die Energie entweicht durch die Wand des Rings, den der ZETA-Reaktor bildet. Das Problem besteht darin, festzustellen, in welcher Form die Energie entweicht. Sie konnte entweichen in der Form von Strahlung der Verunreinigungen des Wasserstoffs oder in der Form von schnellen Elektronen oder in der Form von relativ langsamen Elektronen, die auf die Wand stoßen. Eine genaue Kenntnis würde den Wissenschaftlern unter der Leitung von R. S. Pase helfen, Wege zu finden, um den Energieverlust zu verringern. Zu diesem Zwecke wurde ZETA mit Verunreinigungen gefüllt, und es konnte dabei nachgewiesen werden, daß die Energie nicht in der Form von Strahlung der Verunreinigungen verloren geht. Nun werden Untersuchungen durchgeführt über die Grundursachen, die die Energieträger, welche es auch immer sein mögen, veranlassen, auf die Wand des Reaktors aufzutreffen. Um dieses Problem zu lösen, wurde die neue Experimental-Maschine ICSE gebaut. ICSE unterscheidet sich von ihrem Vorgänger hauptsächlich dadurch, daß die Verschmelzungsbedingungen im Inneren leichter kontrollierbar sind und daher auch stabiler. Außerdem werden die Reaktionen viel schneller ablaufen als bei der ZETA. Die neue Maschine wird im Jahre 1962 vollendet sein. Sie unterscheidet sich grundsätzlich von allen anderen thermo-nuklearen Maschinen in irgendeinem anderen Lande. Alle Beteiligten hoffen zuversichtlich, daß Resultate erzielt werden, die es möglich machen, wieder einen neuen und wirksameren thermo-nukleare Energie erzeugenden Reaktor zu bauen.

Titelbild und Bilder auf Seiten 2, 3 und 4 von Keystone, Bilderdienst.

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.“

Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26

Postcheckkonto: Hamburg 25 66 70

(Karl Ludwig Opitz - Ständiger Kongreß -)

Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Dr. Walter Domke, Hamburg Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Peter Meier, Münster Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Di. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wichmann, Hamburg.

Sekretär: Karl Ludwig Opitz, Hamburg

Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Rathjens, Hamburg

Redaktion: Peter Meier

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg. Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementgebühren.

Die Verwendung von Kernwaffen nach geltendem Völkerrecht

von Dr. GERHARD REINTANZ, Halle

Zu diesem Thema haben wir bereits zwei Artikel veröffentlicht. Der Aufsatz des bekannten Völkerrechtlers Dr. Gerhard Reintanz, Halle, schien uns jedoch so grundlegend zu sein, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. D. Red.

Kernwaffen sind Massenvernichtungswaffen — das ist unbestritten. Massenvernichtungswaffen sind:

„... atomare Explosivwaffen mit radioaktivem Material, tödlich wirkende chemische und biologische Waffen oder andere Waffen, die künftig entwickelt werden und in ihrer zerstörenden Wirkung mit der Atomwaffe oder anderen erwähnten Waffen vergleichbar sind“.

Aus dieser Definition ergibt sich zweifelsfrei, daß Kernwaffen Massenvernichtungswaffen sind. Es kommt also bei Kernwaffen nicht darauf an, ob sie als 28-cm-Granate oder als Sprengkopf einer Rakete verschossen oder als Bombe abgeworfen werden; bestimmend ist allein, daß die Wirkung auf Kernenergie beruht. Es ist daher nicht zulässig, Kernwaffen auf dem Umweg über den geplanten taktischen Einsatz in die Kategorie der konventionellen Waffen hineinzuschmuggeln. Mit dieser Feststellung werden auch die neuesten militärischen Konzeptionen des Westens vom lokalen oder begrenzten Atomkrieg hinfällig; auch im „kleinen“ Atomkrieg bleibt die Kernwaffe verbotene Massenvernichtungswaffe.

Für den Juristen stellt sich nun die Frage, ob die vor der Erfindung der Atombombe geltenden Regeln des Völkerrechts eine rechtliche Beurteilung der Kernwaffen zulassen.

Parallel dazu zur Herausarbeitung von Rechtsnormen, die den Krieg humanisieren sollten, verlief der Ausbau der von dem Schweizer Arzt Henri Dunant ins Leben gerufenen Rot-Kreuz-Bewegung für die Hilfe verwundeter und erkrankter Soldaten im Felde und ihre rechtliche Normierung — eine Bewegung, die sich nach den Erfahrungen und Leiden zweier Weltkriege u. a. auch auf den Schutz der Zivilbevölkerung und der Kulturgüter erstreckt und zu mehreren zwischenstaatlichen Abkommen und einer Reihe innerstaatlicher Normierungen geführt hat; ich erinnere an die vier Genfer Abkommen von 1949, an die Haager Konvention zum Schutze der Kulturgüter von 1954 und an ihren Vorläufer, den interamerikanischen Roerich-Pakt von 1935 sowie an den in Delhi vereinbarten Entwurf von Regeln über einen verbesserten Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten von 1957 und an die zahlreichen innerstaatlichen Normierungen in Gestalt von Kriegsartikeln, Regeln über die Kriegsführung usw.

Das Bestreben zur Humanisierung der Kriegsführung durch Regelung des Waffeneinsatzes fand seinen ersten Ausdruck durch das Verbot der Anwendung kleinkalibriger Explosivgeschosse in der Petersburger Deklaration von 1868, einer Deklaration, die

von den europäischen Großmächten und einigen anderen Ländern, aber bis zum heutigen nicht von den USA, unterzeichnet wurde.

Die Deklaration von Petersburg stellt in ihrer Präambel einige höchst bemerkenswerte Grundsätze des Kriegsrechtes auf, nämlich:

die Kriegführenden haben kein unbegrenztes Recht in der Wahl ihrer Kampfmittel;

bei der Wahl der Kampfmittel muß das Ziel darin bestehen, daß die militärischen Kräfte des Gegners geschwächt werden;

die Kampfmittel sollen keine unnötigen Leiden verursachen;

der Gebrauch derartiger Waffen verstößt gegen die Gesetze der Menschlichkeit.

Weitere Rechtsnormen in dieser Richtung erhalten die 1899 und 1907 in Den Haag unterzeichneten Konventionen. So wurde 1899 der Abwurf von Sprengkörpern aus Luftfahrzeugen verboten — ein Verbot, das mangels genügender Ratifizierung nicht in Kraft trat, aber immerhin glaubte man um die Jahrhundertwende, den Bombenabwurf aus Luftfahrzeugen als rechtswidrig ansehen zu sollen.

Hierher gehören das Verbot der Verwendung von Gasgranaten und der sogenannten Dum-Dum-Geschosse nach der II. und III. Erklärung in der Schlußakte der Haager Friedenskonferenz von 1899 und schließlich das Verbot der unbeschränkten Kampfmittelanwendung in Art. 22 und das in Art. 23 der Anlage zum IV. Abkommen betr. die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (Haager Landkriegsordnung von 1907) ausgesprochene generelle Verbot des Einsatzes von Waffen, Geschossen und Stoffen, die geeignet sind, unnötige Leiden zu verursachen, sowie das Verbot der Anwendung von Gift oder vergifteten Waffen, insbesondere Art. 23 mit dem Giftverbot (Buchst. a) und dem Verbot, unnötige Leiden zu verursachen (Buchst. e). Sie bieten uns die ersten rechtlichen Elemente zum Verbot der Massenvernichtungswaffen und damit auch der Kernwaffen als Mittel zur Erreichung militärischer Erfolge.

In der Präambel des IV. Haager Abkommens betr. die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges von 1907, in der sogenannten Martens'schen Klausel, wird festgelegt, daß in den Fällen, die in der Landkriegsordnung nicht geregelt sind.

„die Bevölkerung und die Kriegführenden unter dem Schutz und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts bleiben, wie sie sich ergeben aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens“.

Auf diese Weise wurde ganz unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß nicht nur die in den Haager Vertragsdokumenten als verboten aufgeführten Kampfmittel, sondern auch andere, bis dahin noch unbekannte, aber zu ihrer Zeit als gegen die Menschlichkeit und das öffentliche Gewissen verstoßende Kampfmittel außerhalb des Rechts gestellt werden.

Das Haager Urkundenwerk hat diese Erkenntnis und seine entsprechenden Normen nicht originär gesetzt, sondern hat nur das formuliert und präzisiert, was schon vorher als die coutumes générales de la guerre verbindlich galt. Die Martens'sche Klausel bringt einen allgemein gültigen Grundsatz zum Ausdruck; sie bezieht sich nicht nur auf den Landkrieg, sondern gilt gleichermaßen für den See- und Luftkrieg.

Wir müssen fragen, ob der zweite Weltkrieg mit seinen Flächenbombardements, wie sie etwa von deutscher Seite in Coventry und von anglo-amerikanischer Seite in Dresden durchgeführt wurden, eine Veränderung in der Rechtsauffassung und im Normenbestand hervorgerufen hat und z. B. das Flächenbombardement als zulässig gelten kann. Daß diese Frage nicht unberechtigt ist, haben die Verhandlungen in Nürnberg gezeigt; dort ist von der Verteidigung, z. B. dem Rechtsanwalt Dr. Stahmer als dem Verteidiger Hermann Görings, u. a. vorgetragen worden, daß die Normen des Kriegsrechts, so wie sie etwa 1899 und 1907 in Den Haag festgelegt worden sind, ihre Gültigkeit im totalen Krieg verloren haben, eine Unterscheidung zwischen bewaffneten Kräften und ziviler Bevölkerung hinfällig und damit das Flächenbombardement zulässig geworden sei.

Von der Ansicht, daß das Flächenbombardement heute völkerrechtlich zulässig sei, ist es dann nur noch ein Schritt, auch das Atombombardement als erlaubt anzusehen. Aber selbst ein Verteidiger des Flächenbombardements, der Engländer Spaight, muß zugeben, daß, wenn das Flächenbombardement sich hart an der Grenze des Erlaubten befände, das Atombombardement diese Grenze endgültig überschritten habe.

Daß das Flächenbombardement kriegsrechtlich verboten ist, ergibt sich daraus, daß es sich bewußt gegen die Zivilbevölkerung richtet und klar gegen die Martens'sche Klausel verstößt. Die Frage nach Veränderungen im kriegsrechtlichen Normenbestand auf Grund bestimmter Ereignisse während des zweiten Weltkrieges muß also ebenfalls verneint werden. Nach dem zweiten Weltkrieg gibt es zudem eine Reihe neuer, rechtlich bedeutsamer Akte, die ein Verbot der Massenvernichtung als Ausdruck barbarischer Kriegsführung aussprechen.

Zu nennen sind hier Art. 6 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes, Nürnberg, und der diesem entsprechende Art. 5 des Statuts von Tokio, jener beiden Vereinbarungen, die die Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher des zweiten Weltkrieges regeln, wobei noch anzumerken bleibt, daß die UNO-Generalversammlung in ihrer Resolution Nr. 95/I vom 11. Dezember 1946 die vom Nürnberger Sta-

tut anerkannten Prinzipien des Völkerrechts gebilligt und bestätigt hat. Das sogenannte Genocid-Abkommen von 1948, die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, enthält ein weiteres Verbot der Massenvernichtung.

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, sind wir zu der Feststellung berechtigt, daß sich seit der Petersburger Deklaration von 1868 zur Frage des Waffengebrauchs ein fester Normenbestand entwickelt hat, der auch durch zwei Weltkriege nicht aufgehoben worden ist. Diese Normen verbieten die Anwendung von Massenvernichtungswaffen und folglich auch von Kernwaffen. Die amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki waren daher m. E. völkerrechtswidrig. Diese Feststellung gilt auch, wenn ein so bekannter Mann der bürgerlichen Völkerrechtswissenschaft wie Lauterpacht, Professor in Cambridge und Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, Zweifel äußert, ob dieses Verbot die Kernwaffen mit umfaßt. Wer Massenvernichtungswaffen anwendet, begeht ein Verbrechen, und wer ein Verbrechen begeht, muß bestraft werden. Dieser im nationalen Recht selbstverständliche Grundsatz von der Strafe, die dem Verbrechen folgt, ist in Nürnberg und Tokio erstmals auch im internationalen Bereich praktiziert worden. Er gilt auch in Zukunft.

Ich habe mich bisher mit der Frage beschäftigt, ob die Anwendung der Massenvernichtungswaffen und speziell der Kernwaffen im Kriege völker-

rechtswidrig ist und habe diese Frage bejaht.

Wenn ich diese skizzenhaften und keineswegs in jeder Beziehung als vollständig zu bezeichnenden Ausführungen zusammenfassen darf, dann möchte ich sagen:

1. Die Anwendung von Kernwaffen bei bewaffneten Auseinandersetzungen ist rechtswidrig, weil sie gegen allgemein anerkannte Grundsätze des Völkerrechts, wie z. B. in der Martens'schen Klausel zum Ausdruck kommen, und gegen positivrechtliche Bestimmungen, wie sie in Art. 23 der Haager Landkriegsordnung enthalten sind, verstößt.

2. Die Versuche mit Kernwaffen auf hoher See sind rechtswidrig, weil sie gegen den allgemeinen anerkannten völkerrechtlichen Grundsatz von der Freiheit der Meere verstoßen. Soweit derartige Versuche im Pazifik auf Treuhandschaftsgebiet stattfinden, verstoßen sie gegen entscheidende Bestimmungen der UNO-Satzung über die Verwaltung der Treuhandschaftsgebiete.

3. Die Lagerung von Kernwaffen und die Stationierung von Verbänden, die in ihrer Anwendung geschult sind, außerhalb des eigenen Staates stellen in der gegenwärtigen konkreten Situation eine Drohung und damit einen rechtswidrigen Verstoß gegen Art. 2 Ziff. 4 der UNO-Satzung dar. Derartige Drohungen berechtigen den Bedrohten aus dieser Notstandssituation heraus zu entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Atomrüstung auch in der DDR?

Der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Walter Ulbricht, richtete laut Pressemeldungen vom 26. Januar 1960 einen Brief an Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, in dem er ihm mitteilte, daß sich die Deutsche Demokratische Republik gezwungen sehen werde, ebenfalls atomar aufzurüsten, wenn die Bundesrepublik Deutschland „nicht unverzüglich die atomare Ausrüstung der Bundeswehr einstelle“. Damit dieser Brief seinen Empfänger überhaupt erreichte, sandte ihn Herr Ulbricht in seiner Eigenschaft als 1. Sekretär der SED an den Vorsitzenden der CDU.

Haben wir es nicht von Anfang an gesagt — die DDR wird sich eines Tages gezwungen sehen, im atomaren Wettrennen nachzuziehen? Jetzt ist es soweit, jetzt steht das grausige Menetekel eines mit atomaren Massenvernichtungsmitteln geführten deutschen Bruderkrieges vor uns. „Die Lage ist so ernst wie nie zuvor“, pflegt der Herr Bundeskanzler in solchen Situationen zu sagen — wir fragen ihn:

Wie lange noch, Herr Bundeskanzler, wollen Sie eine Politik fortführen, durch die die Lage tatsächlich immer ernster wird?

Aber diese Überlegung ist unserem

Kanzler fremd. Statt sich zu fragen, ob es noch eine Möglichkeit gibt, dieses Menetekel abzuwehren — stattdessen erklärt man in Bonn, man sehe nicht ein, wieso man auf solche „Propaganda“ antworten solle (der „Spiegel“ berichtete einst von denselben Kanzlerworten, als man ihm den Start des ersten Sputniks gemeldet hatte...)

Wir aber meinen — und wir meinen es nicht nur, wir fordern es: verhandelt mit der DDR, bevor es zu spät ist! Ulbrichts Brief hat uns drastisch vor Augen geführt, wohin eine Politik führt, deren stärkster Motor der fanatische Antikommunismus ist, die nicht einsieht, was Lord Russell in die Worte kleidete:

„Es gibt heute nur noch zwei Möglichkeiten — entweder mit den Kommunisten leben oder gegen die Kommunisten sterben!“

Die Stunde ist wirklich so ernst wie nie zuvor! Wichtiger denn je ist es jetzt, daß alle Gegner der atomaren Aufrüstung zusammenstehen, daß sie alle Schranken zwischen einander niederlegen, damit jenes Menetekel in letzter Minute noch abgewandt werden kann.

Die Grenzen des Wunderns

HITLER

SCHLAMM

Wer Führer sein will, trägt bei höchster unumschränkter Autorität auch die letzte und schwerste Verantwortung. Wer dazu nicht fähig oder für das Ertragen der Folgen seines Tuns zu feige ist, taugt nicht zum Führer. Nur der Held ist dazu berufen. Der Fortschritt und die Kultur der Menschheit sind nicht ein Produkt der Majorität, sondern beruhen ausschließlich auf der Genialität und der Tatkraft der Persönlichkeit. ("Mein Kampf", 1933, S. 379)

Ein Bündnis, dessen Ziel nicht die Absicht zu einem Kriege umfaßt, ist sinn- und wertlos. Bündnisse schließt man nur zum Kampf. Und mag die Auseinandersetzung im Augenblick des Abschlusses eines Bündnisvertrages in noch so weiter Ferne liegen, die Aussicht auf eine kriegerische Verwicklung ist nichtsdestoweniger die innere Veranlassung zu ihm. (S. 749)

Darüber muß man sich doch wohl klar sein, daß die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete nicht durch feierliche Anrufungen des lieben Herrgotts erfolgt oder durch fromme Hoffnungen auf einen Völkerbund, sondern nur durch Waffengewalt. (S. 708)

Nur kindlich-naive Geister mögen sich in dem Gedanken wiegen, auf Schleich- und Bettelwegen eine Korrektur von Versailles herbeiführen zu können.

Nur die gesammelte konzentrierte Stärke einer kraftvoll sich aufbäumenden nationalen Leidenschaft vermag der internationalen Völkerversklavung zu trotzen. Ein solcher Vorgang ist und bleibt aber ein blutiger. (S. 738)

In einer Zeit aber, in welcher die eine Seite, ausgerüstet mit allen Waffen einer, wenn auch tausendmal verbrecherischen Weltanschauung zum Sturm gegen eine bestehende Ordnung antritt, kann die andere ewig nur Widerstand leisten, wenn sich dieser selber in die Formen eines neuen, in unserem Falle politischen Glaubens kleidet und die Parole einer schwächlichen und feigen Verteidigung mit dem Schlachtruf mutigen und brutalen Angriffs vertauscht. (S. 414)

Politische Stile von Demokratien sind nicht von einem allgegenwärtigen Dogma geformt, und nicht einmal von einer Tradition, sondern von der Persönlichkeit, den Glaubenssätzen und den Launen eines echten Führers.

Wenn dieser Führer sein Volk nicht enttäuscht, wenn er also beweist, daß er ein wirklicher Führer ist, dann wird ihm blind vertraut. Nichts anderes kann ein demokratisches Volk "einigen" als ein politischer Führer von einem bestimmten Format. ("Die Grenzen des Wunderns", 1959, S. 74/75).

Die Entscheidung einer Regierung, Kriege als "undenkbar" zu erklären, schließt die Entscheidung ein, auf jegliche Außenpolitik zu verzichten. Denn es hat niemals eine Außenpolitik gegeben (und es kann keine geben), die nicht vom Entschluß einer Regierung getragen war, für die Essenz der Außenpolitik ihrer Nation am Ende in den Krieg zu ziehen. (S. 219)

So sehr sich auch der Westen gegen die schicksalhafte Bedeutung dieser Tatsache sträuben mag - eine militärische Rüstung gegen den kommunistischen Expansionsdrang hat nur dann einen Sinn, wenn sie auf einem Konzept der Offensive basiert. (S. 234)

Die Niederlage des Kommunismus würde eine westliche Strategie erfordern, die die Sowjetunion unausgesetzt unter zunehmenden Druck stellt, einschließlich der ernstesten Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes, wenn der Kommunismus nicht bereit sein sollte, erobertes europäisches Gebiet zu räumen. (S. 200)

Der Westen geht an seiner Friedensgier zugrunde.

Die ungeheuerliche Essenz des Konfliktes zwischen dem Kommunismus und dem Westen - so ungeheuerlich, daß niemand diese Tatsache zu erwähnen wagt - ist es, daß der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert. Aber der Westen, wenn er am Leben bleiben will, muß glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu führen. Denn auf den Krieg bloß vorbereitet zu sein ist nicht genug. (S. 185)

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."